

Der BUND in Nordrhein-Westfalen Jahresbericht 2010

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Vorwort

Natur- und Umweltschutz in NRW.

| | |
|--|----|
| Politikwechsel in NRW | 4 |
| Zukunft schützen – Klima retten | 5 |
| Vielfalt bewahren – Naturschutz im BUND | 10 |
| Naturnahe Lebensadern schaffen – Gewässerschutz in 2010 | 14 |
| Agrarwende rückt näher – NRW frei von Gentechnik | 18 |
| Verkehr, Chemie, Abfall – Gesundheitsschutz auf dem Abstellgleis? | 21 |
| Bildung für nachhaltige Entwicklung – erfolgreiche Angebote des BUND | 24 |

Unabhängig. Politisch und finanziell.

| | |
|------------------------------------|----|
| BUNDland NRW | 25 |
| BUND-Publikationen und BUND-Medien | 27 |
| Der BUND in den Medien | 28 |
| Finanzen des BUND NRW e.V. | 28 |
| Die BUND NRW Naturschutzstiftung | 30 |
| Wir über uns: Das BUND-Team 2010 | 30 |
| Impressum | |

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

auch wenn es im Natur- und Umweltschutz nach wie vor großen Handlungsbedarf gibt, blicken wir als BUND NRW zufrieden auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück und optimistisch in die Zukunft. Mit dem Regierungswechsel im Mai hat der Natur- und Umweltschutz in NRW deutlich an Stellenwert gewonnen. Auch Dank der notwendigen Proteste gegen überflüssige und schädliche Großvorhaben wie Kohlekraftwerke und CO-Pipeline steht die Bürger- und Verbändebeiträge wieder höher im Kurs.

Eine bundesweite Befragung zur Bedeutung des Umweltschutzes zu Beginn des Jahres 2010 hat ergeben, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung ein intensiveres staatliches Umweltengagement und eine Vorreiterrolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik fordern. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise stellt Umweltbewusstsein in Deutschland somit eine feste Größe dar, mit zunehmender Tendenz. Dies hat auch zum Regierungswechsel in NRW beigetragen.

NRW kommt dabei als dem Energieland eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz zu. Der Klimawandel bedroht massiv die natürlichen Lebensgrundlagen, weshalb sich der BUND hier besonders engagiert. Und wir haben Erfolg! Durch die notwendigen Klagen gegen rechtswidrige Kohlekraftwerksgenehmigungen wurden der Dattelner Kraftwerksschwarzbau weitgehend gestoppt und in Lünen ein Etappensieg erreicht. In Düsseldorf wurde ein Kohlekraftwerk verhindert, und wir sind optimistisch, gleiches auch in Krefeld zu schaffen. Dazu wurden ein Klimaschutzgesetz initiiert und der Weg zum naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien geebnet. Ein besonderer Höhepunkt war die Verhandlung der BUND-Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, die deutlich machte, dass die Klagerechte des BUND als „Anwalt der Natur“ unzureichend umgesetzt sind.

Die Rückschau zum ablaufenden *Internationalen Jahr der Biologischen Vielfalt* zeigt, wie wichtig starke Umweltverbände sind. Während auf internationalen Konferenzen die Biodiversität beschworen wird, schreitet die Zerstörung von naturnahen Lebensräumen in der Heimat ungebremst voran. Noch immer werden Feldhamster, Kammolch und Mopsfledermaus zuerst als potenzielles Investitionshemmnis angesehen, nicht aber als Teil der schützenswerten natürlichen Lebensgrundlagen. Hauptursachen für den Verlust an biologischer Vielfalt sind der nach wie vor ungebremsete Flächenverbrauch durch Straßen und Gewerbegebiete sowie die Intensiv-Landwirtschaft. Für 2011 mahnt der BUND daher eine Verbesserung des gesetzlichen Schutzes von Natur und Landschaft an. Dazu gehört, dass mindestens 20 Prozent der Landesfläche für den Biotopverbund gesichert, ein zweiter NRW-Nationalpark geschaffen und zügig ein Landesnaturschutzgesetz auf den Weg gebracht wird.



Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender

Foto: BUND

Anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen *Internationalen Jahrs der Wälder 2011* fordert der BUND, im Wald wieder mehr Wildnis zuzulassen und 10 Prozent des Waldes aus der Nutzung nehmen. Vor allem müssen wir die Rolle des Landesbetriebes „Wald und Holz“ neu definieren und eine naturverträglichere Nutzung des Waldes einfordern.

Natur- und Umweltschutz findet aber vor allem „vor Ort“ statt. Deshalb danke ich allen Aktiven in den Gruppen und Arbeitskreisen, die kompetent und engagiert zum Erfolg des BUND beitragen, sei es mit öffentlichen Aktionen, politischer Lobbyarbeit, ihrem Fachwissen oder mit konkreten Naturschutzmaßnahmen. Wir haben gezeigt, dass Frau Merkels Parole „alternativlos“ zu Recht zum Unwort des Jahres gewählt wurde. Nicht nur in Stuttgart, auch bei den Großplanungen in NRW gibt es umweltverträgliche und zukunftsfähige Alternativen, in der Energieversorgung, der Chemie- oder Verkehrspolitik. Ebenso in der Landwirtschaft, wo Milchkrise, Dioxinvergiftung und Massenschlachtungen zuletzt wieder gezeigt haben, dass es höchste Zeit zum Umsteuern ist – weg von der Massentierhaltung und hin zum Biolandbau.

Der Jahresbericht 2010 belegt erneut, dass wir uns konstruktiv, kompetent und kreativ in vielen Politikfeldern für bessere Lösungen einsetzen und keine Nein-Sager sind. Die erfolgreiche BUND-Arbeit schlägt sich auch in steigenden Mitgliederzahlen nieder, wodurch wir unsere Facharbeit weiter stärken konnten.

Dass wir diese Aktivitäten für den Umwelt- und Naturschutz durchführen konnten, verdanken wir den vielen ehrenamtlich Aktiven im BUND, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Geschäftsstellen und Projekten – und unseren Mitgliedern und SpenderInnen. Für diese Unterstützung danke ich Ihnen.

Herzlichst



Eine „radikale Kehrtwende in der Natur- und Umweltschutzpolitik“ forderten die NRW-Naturschutzverbände. Im Vorfeld der Landtagswahlen. Nach „fünf Jahren Rückschritt in allen Feldern des Natur- und Umweltschutzes“ setzten die Verbände gemeinsam auf einen Politikwechsel. Im Bild: Die Landesvorsitzenden Josef Tumbrinck (NABU), Paul Kröfges (BUND) und Mark vom Hofe (LNU) sowie ein Moderator der Landespressekonferenz (v.l.n.r.). Foto: D. Jansen

Politikwechsel in NRW

Die Landtagswahlen am 9. Mai 2010 markierten aus BUND-Sicht einen politischen Scheidepunkt: Zur Wahl standen eine Fortsetzung der schwarz-gelben „Privat-vor-Staat“-Politik oder ein neuer ökologischer Aufbruch. Sollte der Abbau von Umweltstandards und Beteiligungsrechten fortgesetzt oder die Chancen der ökologisch-ökonomischen Wende ergriffen werden?

Für den BUND fiel die Bilanz der CDU/FDP-Koalition mehr als ernüchternd aus. Mit einer groß angelegten Kampagne warben wir deshalb für einen Politikwechsel in NRW. Der landesweite Online-KandidatInnencheck zur Landtagswahl fand eine überwältigende Resonanz. Vier umweltpolitische Kernfragen stellte der BUND allen DirektkandidatInnen der fünf großen Parteien: Sind Sie für oder gegen einen Neubau von Kohlekraftwerken in NRW? Lehnen sie Gentechnik in der Landwirtschaft ab oder befürworten sie diese? Sind Sie für oder gegen den Flughafenausbau in NRW? Unterstützen Sie die BUND-Forderung nach einem Stopp des Flächenverbrauchs? Zusätzlich konnten die KandidatInnen eine Frage zu einem regionalen Brennpunkt beantworten. 425 von 640 LandtagskandidatInnen beteiligten sich an der Umfrage und erhielten vom BUND ein entsprechendes Öko-Zeugnis ausgestellt. Die Ergebnisse boten so eine wichtige Orientierungshilfe für umweltpolitisch interessierte WählerInnen.



Mit 10 zentralen Forderungen zu weiteren umweltpolitischen Feldern ging der BUND weiter in die Offensive. Mit unseren Partnern in der Klima-Allianz starteten wir zudem eine landesweite Kampagne für ein Landesklimaschutzgesetz. In Podiumsdiskussionen, mit Aktionen und Info-Materialien wurden die Forderungen untermauert. Viele Ort- und Kreisgruppen machten mit.

Die Wahl brachte dann die erhoffte Wende. Wesentliche Forderungen des BUND finden sich im Koalitionsvertrag wieder. Auch wenn einige Bereiche des Regierungsprogramms noch nicht hinreichend präzise formuliert wurden, beinhaltet es wichtige Weichenstellungen für einen Politikwechsel, der nicht nur die unter Schwarz-Gelb erlittenen verheerenden Rückschritte korrigiert, sondern auch den Weg frei macht für eine grundlegende Ökologisierung des Landes. Verglichen mit den früheren rot-grünen Koalitionen wird deutlich, dass die SPD offenbar bereit ist, sich von anachronistischen Relikten des Kohlelandes NRW zu verabschieden und den längst überfälligen Weg in Richtung eines zukunftsfähigen Nordrhein-Westfalens zu beschreiten.



Unterm Strich wird durch diesen Koalitionsvertrag gründlich mit der „Privat vor Staat“-Ideologie der schwarz-gelben Vorgängerregierung aufgeräumt. Umwelt- und Naturschutz, Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz bei Großvorhaben werden nicht länger als Investitionshemmnis betrachtet, sondern als Chance zur Schaffung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, die Ressourcen schon und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält.

Ob die Vorschusslorbeeren berechtigt sind, wird sich jetzt erweisen.

Zukunft schützen – Klima retten.

BUND für Energiewende in NRW



Das Jahr 2010 war in Deutschland das kälteste seit 1996. Also alles gar nicht so schlimm? Die Warnung vor dem anthropogenen Treibhauseffekt nur Panikmache? Weit gefehlt. Weltweit betrachtet war das letzte Jahr das wärmste seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen, Handeln tut not. Das sahen auch die Wählerinnen und Wähler so. Mit den Stimmen für Rot-Grün votierten sie auch für eine konsequente Klimaschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen.

NRW kommt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle in Deutschland zu. Ein Drittel aller Treibhausgasemissionen Deutschlands stammt noch immer aus unserem Bundesland. Während sich unter Schwarz-Gelb die Klimabilanz weiter verschlechterte, deutet sich mit dem Regierungswechsel im Mai jetzt ein Wandel an. Auch Dank des BUND, der im engen Schulterschluss mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen ein Landes Klimaschutzgesetz durchsetzte, die Erneuerbaren Energien voran brachte und auch im Kampf gegen die klimaschädlichen Kohlekraftwerke große Erfolge verbuchte.

Rückenwind für Klimaschutz

Nordrhein-Westfalen bekommt als erstes Bundesland ein Landes Klimaschutzgesetz. Darin wird das verbindliche Ziel einer Reduktion der Treibhausgase um 80 bis 95 Prozent bis 2050 verankert. Dieser „klimaschutzpolitische Meilenstein“ ist nicht zuletzt das erfreuliche Ergebnis einer breit angelegten Kampagne von BUND und Klima-Allianz im Vorfeld der Landtagswahl 2010.

Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe, der evangelischen Kirche, Oxfam und zahlreichen Bürgerinitiativen und Verbänden hatte der BUND landauf landab für ein solches Gesetz geworben. Etliche BUND-Gruppen beteiligten sich an der Kampagne mit lokalen Aktionen und Diskussionsveranstaltungen. Während CDU und FDP ein solches Gesetz als vermeintliche Bremse für den Wirtschaftsstandort NRW brandmarkten, sahen die anderen Parteien die ökologischen und ökonomischen Vorteile und brachten das Gesetz auf den Weg. Der Vertrag der Regierungskoalition beinhaltet aber nicht nur ein Klimaschutzgesetz, gleichfalls soll ein konkreter Klimaschutzplan verabschiedet werden, der für alle Sektoren verbindliche Reduktionsverpflichtungen vorsieht. Die Klimaschutzziele werden so zu Zielen der Raumordnung und Landesplanung. Zentrale Säulen sind Maßnahmen zum Energiesparen, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Letztere fristen mit einem Anteil an der Stromerzeugung von unter sechs Prozent noch immer ein Schattendasein in NRW. Der BUND macht sich deshalb für einen mit dem Naturschutz verträglichen Ausbau der regenerativen Energien stark. Die neue Landesregierung will so zum Beispiel den Anteil der Windkraft an der Bruttostromerzeugung von heute drei auf 15 Prozent in 2020 erhöhen und dafür zwei Prozent der Landesfläche



Auch in Aachen sammelten BUND-Aktive Unterschriften für ein Landes Klimaschutzgesetz. Foto: BUND-Archiv

als Vorranggebiet ausweisen. Dazu soll der schwarz-gelbe „Windkraftverhinderungserlass“ novelliert werden. Diskriminierende Restriktionen sollen wegfallen, ohne dass die Naturschutzbelange unter den Tisch fallen. Der BUND hat dies auf Grundlage einer zeitgemäßen Fortschreibung seiner Windkraft-Position in 2010 kritisch-konstruktiv begleitet. Naturschutzgebiete, Nationalparke, geschützte Biotope, Bereiche zum Schutz der Natur und Natura2000-Gebiete bleiben weiterhin grundsätzlich für Neuanlagen tabu. Allerdings soll es Erleichterungen für das ökologisch vorteilhafte Repowering bestehender Anlagen geben, und intensiv genutzter Forst soll nicht generell für den Bau von Windkraftanlagen ausgeschlossen werden.



Ausdauernde Proteste und zähe Überzeugungsarbeit führten zum Aus des Düsseldorfer Kohlekraftwerks.

Foto: D. Jansen

BUND-Erfolg in Düsseldorf

Die Liste der durch erfolgreichen Widerstand verhinderten Kohlekraftwerke wird immer länger. Ende April 2010 beschloss der Aufsichtsrat der Stadtwerke Düsseldorf AG das Aus für das geplante 400-Megawatt-Kohlekraftwerk in der Landeshauptstadt. Wie lange vom BUND gefordert, sollen jetzt der Genehmigungsantrag zurückgezogen und stattdessen Planungen für ein wesentlich weniger umweltschädliches Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Koppelung vorangetrieben werden. Dazu wollen die Stadtwerke einen dreistelligen Millionenbetrag in Erneuerbare Energien investieren.

Seit 2007 hatten BUND und die Bürgerinitiative ASTR(H)EIN gegen den geplanten Kohleblock im Düsseldorfer Hafen und für eine zukunftsfähige Energieversorgung mobil gemacht. Im Februar 2009 fasste der Stadtrat daraufhin einen einstimmigen Beschluss gegen das Kohlekraftwerk. Auch das vom BUND entwickelte Konzept für ein klimaneutrales Düsseldorf findet inzwischen die breite Unterstützung der Stadt. Durch den Verzicht auf das Kraftwerk wird ein jährlicher Ausstoß von 2,5 Millionen Tonnen CO₂ vermieden.

Kohlekraftwerk Krefeld kippt

Sieben Tage lang diskutierten VertreterInnen von BUND, Behörden, Bürgerinitiativen und dem Vorhabensträger Trianel im Herbst 2010 die in einer beispielhaften Kampagne vom BUND und seinen MitstreiterInnen gesammelten mehr als 23.000 Einwendungen gegen das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld-Uerdingen.

Einen klaren Punktsieg landeten dabei die KraftwerksgegnerInnen: Keiner der vorgebrachten 499 Kritikpunkte gegen das Kraftwerk konnte bis zum Ende des Erörterungstermins am 29. September ausgeräumt werden – im Gegenteil. Auch die Behörden bemängelten zahlreiche Defizite der Antragsunterlagen. Grundlage der fundierten Kritik war dabei eine 355 Seiten starke Stellungnahme des BUND. Sollte Trianel an dem Vorhaben festhalten, wird eine Umplanung mit einem erneuten Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren unumgänglich. Die Realisierung des Vorhabens rückt damit in weite Ferne.

Allerdings mehren sich inzwischen die Anzeichen, dass Trianel von der ursprünglichen Planung abrückt und auf einen „Plan B“, nämlich ein wesentlich weniger

schädliches und energiewirtschaftlich sinnvolles Gaskraftwerk umschwenkt.

Streitfall Kraftwerk Lünen

Als besonderes BUND-Highlight in 2010 erwies sich das vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verhandelte so genannte Vorlageersuchen zum Kohlekraftwerk Lünen.

Der EuGH muss klären, ob der BUND die vom Gericht festgestellten Rechtsverstöße im Genehmigungsbescheid für das Kohlekraftwerk Lünen gegen zwingende Vorgaben der Naturschutzgesetze im Gerichtsverfahren geltend gemacht werden dürfen oder nicht. Nach deutschem Prozessrecht geht das nicht, so dass auch offensichtlich rechtswidrige Genehmigungsbescheide gültig sind und ausgenutzt werden dürfen. Jedenfalls soweit es um Vorhabensgenehmigungen für umweltbelastende Großvorhaben geht, widerspricht dies nach Auffassung des BUND aber internationalen und europarechtlichen Vorgaben.

Die mit Spannung erwartete Entscheidung ist von grundsätzlicher und bundesweiter Bedeutung. Setzt sich der BUND durch, erhalten Umweltverbände erweiterte Klagerechte gegen alle Vorhaben, die nach dem Immissionsschutzrecht genehmigt werden.

Und es sieht gut aus: Bereits in der mündlichen Verhandlung hatte die Generalanwältin des EuGH durchblicken lassen, dass dem BUND ein umfassendes Klagerecht als Anwalt der Natur zusteht („Fish cannot



walk into court“). Diese Rechtsauffassung wurde dann im Dezember durch den Schlussantrag der Generalanwältin näher ausgeführt. Für das Frühjahr 2011 wird das Urteil erwartet.

Hängepartie in Datteln

Der Kampf gegen den Dattelner Kraftwerks-Schwarzbau entwickelt sich mehr und mehr zu einer Hängepartie. Nachdem der BUND juristisch einen weitgehenden Baustopp erzwungen hatte, ließ E.On nichts unversucht, doch noch weitere Fakten zu schaffen. Bislang scheiterten die BUND-Versuche trotz bestätigter Rechtswidrigkeit aller Kraftwerksgenehmigungen, diese auch vollständig außer Vollzug zu setzen. Im Rahmen der 2. und 3. Teilgenehmigung können noch immer Bauarbeiten ausgeführt werden, da die CDU-regierte Bezirksregierung Münster noch immer auf eine „Heilung“ der Rechtsverstöße setzt. Dabei hatte die neue Landesregierung nach der erfolgreichen BUND-Kampagne die „Lex E.On“ der schwarz-gelben Vorgänger revidiert: Der ersatzlos gestrichene „Klimaschutzparagraf 26“ des Gesetzes zur Landesentwicklung soll wieder eingeführt werden und auch der Entwurf eines neuen Energiekapitels zum Landesentwicklungsplan wurde „einkassiert“.

Als letzten Strohalm entdeckten die Kraftwerksbefürworter nunmehr das so genannte Zielabweichungsverfahren. Damit soll doch noch eine Regionalplanänderung zugunsten des Kraftwerks möglich gemacht werden. Der BUND hält ein solches Verfahren ebenso wie viele renommierte Verwaltungsrechtler für unzulässig. Ohne einen neuen Regionalplan kann es aber keinen neuen Bebauungsplan geben, der wiederum eine wesentliche Voraussetzung dafür wäre, dass der umstrittene Kohlemeiler vielleicht doch noch irgendwann ans Netz gehen könnte.

Davor steht allerdings auch noch die BUND-Klage. Diese ist solange ruhend gestellt, bis der Europäische Gerichtshof sein Grundsatzurteil zu den Klagerechten gefällt hat. Nach Lage der Dinge stehen die Chancen des BUND gut, sich letztendlich juristisch durchzusetzen.

E.On stellt sich bereits auf eine langjährige Fortsetzung der Hängepartie ein und will die alten Kraftwerksblöcke in Datteln über die Zeit retten. Letztendlich aber sieht es gut für den Klimaschutz aus. Nach einer BUND-Expertise müssen auch die „alten Möhren“ spätestens Ende 2012 stillgelegt werden. Und schon 2007 hatte sich E.On verpflichtet, dass neue Kraftwerk wieder abzureißen, wenn sich der BUND endgültig vor Gericht durchsetzt.

Mehr Infos zu allen geplanten Kohlekraftwerken:
http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/



Einweihung der BUND-Solarstromanlage auf der Düsseldorfer Feuerwache. Foto: Stadt Düsseldorf

Sauberer BUND-Strom

Gemeinsam mit der Naturstrom AG hat der BUND in 2010 wie geplant eine weitere Fotovoltaikanlage in Betrieb genommen. Die neue Anlage mit 51 Kilowatt Spitzenleistung erzeugt jetzt sauberen Strom auf dem Dach der Düsseldorfer Feuerwache Nord. Dies ist jetzt schon das vierte BUND-Sonnenkraftwerk. Für den BUND steht dabei neben dem wirtschaftlichen Nutzen immer auch der Multiplikatoreffekt im Fokus: Das Düsseldorfer Kraftwerk ist so z.B. eine Bürgersolaranlage, an der neben dem BUND weitere Privatpersonen beteiligt sind. Das Dach hat die Stadt Düsseldorf als weiterer Kooperationspartner zur Verfügung gestellt.

„Energie hoch Drei“ (für Arbeitsplätze, Entwicklung und Klimaschutz) erzeugt die 660 kW e³-Windkraftanlage in Geseke, an der der BUND beteiligt ist. Sie wurde 2002 eingeweiht und allein aus Bürger-Kapital finanziert. Zum einen durch Kapitalbeteiligungen von Kommanditisten, die dafür eine Rendite erhalten. Zum anderen durch Spenden, die in einer gemeinsamen Kampagne von S-N-O-W e.V. und dem BUND NRW eingeworben wurden. Bezogen auf diese Spenden werden im Laufe von 20 oder mehr Betriebsjahren „Gewinne“ ausgeschüttet, die wiederum ökologische Energieprojekte in Indien und Weißrussland finanzieren.



Unter dem Motto „Recht muss Recht bleiben“ demonstrierten BUND und Betroffenen zum Jahrestag des OVG-Urteils am 3.9.2010 an der Kraftwerksbaustelle. Datteln. Foto: D. Jansen

Dass Ende der Braunkohle?

Ein Drittel aller Kohlendioxidemissionen NRWs stammt nach wie vor aus dem Rheinischen Braunkohlenrevier. Selbst einige der hartnäckigsten Kohlelobbyisten scheinen nunmehr begriffen zu haben, dass die Klimaschutzziele nur durch einen Ausstieg aus diesem klimaschädlichsten aller Energieträger erreicht werden können. Der rot-grüne Koalitionsvertrag gibt das Ziel vor: Auch im Braunkohlenrevier sollen bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent reduziert werden. Der Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle ist also gemacht.

Nach mehr 30 Jahren BUND-Widerstand gegen die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle im Rheinland zeichnet sich damit endlich Erfolg ab. Auch wenn die BUND-Klagen gegen die Braunkohlentagebaue Hambach und Garzweiler II verloren wurden, hat sich der hartnäckige Widerstand gegen den „Klimakiller Braunkohle“ damit ausgezahlt.

Auch die Diskussion um die längst überfällige Novellierung des anachronistischen und undemokratischen Bergrechts („Bergrecht bricht Grundrecht“) gewinnt an Dynamik. Zum einen ist noch immer die BUND-Beschwerde gegen die Zwangsentziehung unserer Garzweiler-Obstwiese vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht anhängig. Bis September 2010 lief die Frist für die Bundesregierung, den Bundesrat und andere Institutionen, hierzu Stellung zu nehmen. Zum anderen offenbarte der Protest gegen die geplante Förderung „unkonventionellen“ Erdgases erneut die Defizite des Bundesberggesetzes. Selbst NRW-Energieminister Voigtsberger (SPD) sieht jetzt Novellierungsbedarf.

BUNDjugend-Klimacamp 2010

Vom 21. bis 29. August kamen fast 200 überwiegend junge Menschen zum Klimacamp der BUNDjugend an den Rand des Braunkohletagebaus Garzweiler nach Erkelenz-Borschemich. Mitten in dem Dorf, das dem Ta-

gebau weichen muss, schlugen sie für neun Tage ihre Zelte auf. Hier, rund zwei Kilometer von der Abbruchkante des gigantischen Baggerlochs entfernt, werden die Bedrohungen der Braunkohleverstromung für Klima, Mensch und Umwelt erfahrbar.

Nicht nur aus NRW, sondern aus ganz Deutschland und zehn weiteren Ländern waren die Teilnehmenden angereist, um sich an diesem Ort, wo Klimawandel gemacht wird, intensiv mit der Problematik auseinander zu setzen. Ein umfangreiches Bildungsangebot mit Fachvorträgen, Workshops und Aktionstrainings rund um Klima, Energie und Alternativen waren Teil des Programms. Im Campalltag wurden verschiedenste Aspekte nachhaltiger Lebensweise wie bio-vegetarische Ernährung oder die Stromproduktion per Fahrradgenerator erprobt. Bei Aktionen – einer ganztägigen Fahrraddemonstration rund um den Tagebau, dem „Straßenfest trotz(t) Kohlenpest!“ sowie einer spontanen, selbstorganisierten Aktionsnacht – trugen die KlimacamperInnen ihre Meinungen und Forderungen schließlich medienwirksam an die Öffentlichkeit.

Konzipiert und organisiert wurde das vom Familienministerium über den „Pakt mit der Jugend“ geförderte Partizipationsprojekt von einem offenen, gut 20-köpfigen Planungsteam. Mit dem Camp knüpften die BUNDjugendlichen an den langjährigen Widerstand des BUND gegen den Braunkohletagebau Garzweiler an. Zuletzt demonstrierte der Verband im Januar 2008 mit Besetzung seiner Streuobstwiese des BUND bei Otzenrath erfolgreich gegen das klimapolitisch irrsinnige Vorhaben. Und auch in der Zukunft bleibt die BUNDjugend am Thema: ausgehend vom Klimacamp 2010 ist mittlerweile ein breites Bündnis verschiedenster Verbände und Initiativen gewachsen, das unter dem Motto „Wir lassen uns nicht verkohlen!“ im rheinischen Braunkohlerevier aktiv für ein lebenswertes Klima streitet und in 2011 ein gemeinsames großes Klimacamp veranstaltet.

Mehr Infos zum Widerstand des BUND gegen die Braunkohle: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/

Mehr als 200 TeilnehmerInnen kamen zum BUNDjugend-Klimacamp nach Borschemich im geplanten Braunkohlentagebau Garzweiler II. Fotos U. Wevers, BUNDjugend



BUND-Energiepreis vergeben

Der BUND-Energiepreis hat seine ersten Träger. Den mit insgesamt 1.000,- Euro dotierten Preis teilen sich der SolarVerein Troisdorf und Düssel-Solar aus Düsseldorf. Der BUND würdigte damit das beispielhafte Engagement der beiden Vereine. „Dezentrale Stromversorgung von unten, nicht gesteuert von ein paar großen Monopolisten, das ist der richtige Weg in die Zukunft“, sagte Willy Baitinger, Sprecher des Landesarbeitskreises Energie, anlässlich der Preisverleihung im Rahmen der Landesdelegiertenversammlung 2010. Düssel-Solar hat inzwischen schon die fünfte Bürgersolaranlage realisiert und damit etwa 156 kW-Solarleistung „auf die Dächer gebracht“. Seit 2008 hat auch der SolarVerein Troisdorf bereits drei Bürgersolaranlagen realisiert.



Willy Baitinger (r.) und der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges (2.v.l.) mit den PreisträgerInnen. Foto D. Jansen

Klimaschutzpreise gibt es einige, aber nicht immer werden sie uneigennützig vergeben. So betreibt z.B. RWE landauf landab „Greenwashing“, indem Preisgelder für lokale Natur- und Klimaschutzprojekte vergeben werden. Der BUND lehnt die Annahme solcher Gelder ab, und hat bereits 2006 einen entsprechenden Beschluss auf der Landesdelegiertenversammlung gefasst.

Um RWE und Co. etwas entgegen zu setzen, hat der BUND-Landesarbeitskreis Energie den „BUND-Energiepreis“ kreiert. Er belohnt Projekte, die einen vorbildlichen Beitrag zu einem umweltfreundlichen Umgang mit Energie leisten.

Lebendige Anti-Atom-Bewegung

Ganz im Zeichen der Atomproteste stand auch das vergangene Jahr. Allein 7.000 Menschen protestierten am 24. April in Ahaus gegen weitere Atomtransporte und für den sofortigen Atomausstieg. Mit etlichen dezentralen Aktionen von Aachen über Düsseldorf und Duisburg bis Gronau wurde fantasievoll gegen den „Atomüll-Verschiebe-Bahnhof NRW“ demonstriert. Zu den Veranstaltungen hatte neben dem BUND ein breites Bündnis aus Anti-Atom-Initiativen und Parteien aufgerufen und damit bewiesen, dass die Anti-Atom-Bewegung wieder mehr als lebendig ist.



Ziel der NRW-Aktivitäten ist die Schließung der Urananreicherungsanlage Gronau anstelle deren derzeitiger Erweiterung sowie der Stopp aller Atomülltransporte nach Ahaus. Auch der geplante Ausbau der Atomüll-Konditionierungsanlage in Duisburg muss verhindert und der Betrieb geschlossen werden. Die geplante hochriskante Verschiebung des AVR-Reaktorbehälters ist gleichfalls unverantwortlich. Stattdessen müssen die Anlage und das Betriebsgelände vollständig dekontaminiert werden. Vom For-

schungszentrum Jülich darf es keine Castor-Transporte nach Ahaus geben.

Rot-Grün teilt diese Forderungen in weiten Teilen. Die Zukunft wird zeigen, ob die Landesregierung die Versprechungen im Koalitionsvertrag umsetzt und ob das atomfreie NRW endlich vollständig Realität wird.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/

24. April 2010: Großdemo gegen Atomkraft in Ahaus.



Vielfalt bewahren – Naturschutz im BUND

Die Vereinten Nationen haben 2010 zum „Internationalen Jahr der Biodiversität“ ausgerufen. Sie taten dies aus tiefer Besorgnis über die sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Konsequenzen des Biodiversitätsverlustes und mit der Hoffnung, dass die Staaten und anderen Akteure von dieser Gelegenheit profitieren würden, um das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Biodiversität zu stärken und lokale, regionale und internationale Aktionen durchzuführen. Bereits 2002 hatten sich die Länder Europas auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg verpflichtet, den Verlust der Biodiversität nicht nur zu verlangsamen, sondern ihn bis 2010 ganz zu stoppen.



Doch die Realität sieht leider anders aus: 45 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in Nordrhein-Westfalen sind gemäß der aktuellen „Roten Liste“ gefährdet. Tagtäglich wird weiterer Lebensraum zerstört. Feldhamster, Kammmolch, Bechsteinfledermaus und Co. werden noch immer eher als Investitionshindernis denn als Teil der schützenswerten natürlichen Lebensgrundlagen betrachtet. Dagegen stemmt sich der BUND mit seinem Einsatz für ein zeitgemäßes Naturschutzrecht, beim Widerstand gegen zahllose unsinnige Bauvorhaben und mit seinen Naturschutz-Projekten vor Ort.

Wildkatze kehrt nach NRW zurück

Neben den bundesweit bedeutenden Wildkatzenvorkommen in der Eifelregion gibt es auch im rechtsrheinischen Teil von Nordrhein-Westfalen aktuell wieder drei kleinere Wildkatzenpopulationen. Das ist das Ergebnis der ersten umfassenden Bestandsbewertung, die der BUND gemeinsam mit dem Landesamt für Naturschutz (LANUV) vorgelegt hat.

Im Eggegebirge und dem östlich angrenzenden Bereich zur Weser hat sich bereits vor Jahren eine Wildkatzenpopulation etabliert. Die Kernzone der zweiten Population umfasst den zentralen Teil des Arnsberger Waldes. Die Experten sind sich einig, dass beide Populationen aus dem östlich gelegenen Solling in Niedersachsen stammen; entsprechende Wanderkorridore sind vorhanden.

Die dritte Wildkatzenpopulation befindet sich im Rothaargebirge zwischen der hessischen Grenze und

dem Bereich Bad Berleburg, Erndtebrück, Hilchenbach. Diese Katzen sind offenbar über die Landesgrenzen aus Hessen und Rheinland-Pfalz eingewandert, nachdem sich die Bestände dort erholt haben.

Zuvor hatte der BUND bereits auf Basis von topografischen Daten und den Ansprüchen der Wildkatzen an ihren Lebensraum einen Wildkatzenwegeplan für Nordrhein-Westfalen erstellt. Darin sind die bisherigen Vorkommen der Wildkatze, mögliche neue Ansiedlungsgebiete, die am besten geeigneten Verbindungskorridore sowie die Konfliktpunkte mit Straßen verzeichnet.

Für den BUND ist die Wiederansiedlung der Wildkatze in den rechtsrheinischen Wäldern ein erster großer Erfolg. Die umfangreichen Daten bilden künftig eine Grundlage für die konkreten Schutzmaßnahmen des BUND. Langfristiges Ziel ist die Verbindung der Wildkatzenvorkommen der Eifel über die Populationen im Rothaar- und Eggegebirge bis nach Niedersachsen.

Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/wildkatze



Foto: Th. Stephan



Beim GEO-Tag der Artenvielfalt am 12. Juni in der Dellbrücker Heide entdeckten die Teilnehmer bei Exkursionen gleich mehrere neue Arten.

Foto: BUND-Archiv

BUND-Projekt „Bürgerheide“

Die Dellbrücker Heide, im Nordosten Kölns gelegen, ist seit 2009 Naturschutzgebiet. Ebenso jung ist der Kooperationsvertrag, den der BUND mit der Stadt Köln über dieses Gebiet abgeschlossen hat.

Wie die Wahner Heide gehört auch die Dellbrücker Heide zu den bedeutenden Refugien im Naturraum Bergische Heideterrasse. Nur erfuhrt sie kaum Wertschätzung, ist deswegen heute hundert mal kleiner als die berühmte „Schwesterheide“ und durch Wohnbebauung „umzingelt“. Wie aber kann ein solch wertvolles Schutzgebiet – Blauflügelige Ödlandschrecke, Bergsandglöckchen, Kreuzkröte und Zauneidechse sind nur wenige der über hundert Rote-Liste-Arten – auf Dauer erhalten werden, obwohl es einem erheblichen Erholungsdruck ausgesetzt bleiben wird? Und kann umgekehrt die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem neuen Naturschutzgebiet gesteigert werden, obwohl mit der Unterschutzstellung Einschränkungen verbunden sind?

Diesen gerade im Ballungsraum Rhein-Ruhr drängenden Fragen geht das Projekt „Bürgerheide – Wohnortnaher Naturschutz für Alle“ nach, das der BUND mit Hilfe der Förderung der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (SUE) in der Dellbrücker Heide umsetzt. Der Namensbezug zu den alten Gemeindeheiden ist durchaus beabsichtigt, schließlich waren die Heidegebiete einst durch die traditionelle Landwirtschaft der Bevölkerung maßgeblich geprägt worden.

Ziel ist es, einen Handlungskatalog zu entwickeln, der auf andere Gebiete übertragbar ist. Und zwar so, dass die Anwendungen auch mit ehrenamtlichem Einsatz geleistet werden können. So muss es möglich sein, neue Projekte nicht mit dem schon bestehenden und möglicherweise längst überlasteten Personalstamm zu bewältigen, sondern die Ausweitung der Vereinsaktivi-

täten mit der Steigerung von Mitgliedschaften und Aktiven zu koppeln.

Erste Erfolge konnten erstaunlich schnell erzielt werden. Dank vielfältiger und vor allem gezielter Öffentlichkeitsarbeit konnte eine Reihe von Anwohnerinnen und Anwohnern zügig rekrutiert werden, die sich regelmäßig zu Arbeitseinsätzen zusammenfindet. Aus diesem Kreis bildete sich bereits ein Organisationsteam heraus, das für regelmäßige Pflegemaßnahmen, Exkursionen, Vorträge und Schulkooperationen mitverantwortlich zeichnet. Die Neumitgliedschaften steigen ebenso zügig wie die Wiederherstellung verbuschter Sandmagerrasen und Zwergstrauchheiden. Es ist absehbar, dass das Ziel, eine selbständige und aus ausreichend vielen Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe zu installieren, bis zum Projektende 2012 problemlos erreicht werden kann.

Mehr Infos: www.dellbruecker-heide.net

Der Frauenschuh ist die Orchidee des Jahres 2010

Seit mehr als 25 Jahren schützen die MitarbeiterInnen des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW die etwa 45 in unserem Bundesland vorkommenden Orchideenarten. Von der Kartierung bis zur Biotoppflege reicht das Einsatzgebiet der etwa 300 organisierten OrchideenschützerInnen. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt der AHO aber auch die Orchidee des Jahres. In 2010 kam dem Frauenschuh (*Cypripedium calceolus*) diese Auszeichnung zuteil.

Der Frauenschuh wächst vor allem in lichten Wäldern und bevorzugt kalkhaltige Böden. Deutschland liegt im Hauptverbreitungsareal der Art, das sich über weite Teile Europas und Asiens erstreckt. In der Roten Liste ist der Frauenschuh bundesweit als „gefährdet“ (Kategorie 3) eingestuft, regional ist die Gefährdung oft deutlich größer. Die größten Vorkommen gibt es noch in den alpinen und Mittelgebirgsregionen von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen. In Nordrhein-Westfalen hingegen gibt es nur noch wenige Vorkommen im Kreis Höxter und in den Beckumer Bergen bei Oelde.

Mehr Infos: www.aho-nrw.de



Foto: W. Hartwig/pixelio.de

Quarzgrube Bornheim-Brenig

Das BUND-Projekt zur dauerhaften Sicherung des 30 Hektar großen Areals der Bornheimer Quarzgrube macht gewaltige Fortschritte. Im Jahr 2010 hat sich das Gesicht der Quarzgrube wesentlich und sehr positiv verändert. Mit Hilfe von Fördermitteln der EU konnten knapp 140.000 Euro für die Biotoppflege eingesetzt werden. Das großflächig zugewachsene Gelände wurde geöffnet, Gewässer wurden angelegt und Steilwände wieder freigestellt. Dabei entdeckte die BUND-Gruppe vor Ort sogar eine alte, von Brombeeren völlig überwachsene ehemalige Uferschwalbenkolonie. Inzwischen wurde diese Steilwand in Eigenarbeit gänzlich freigestellt, so dass sie bereits 2011 wieder als Brutwand zur Verfügung steht.

In den zurückgewonnenen offenen Flächen stehen jetzt – neben einem neuen, etwa 6.500 Quadratmeter großem See – zahlreiche neu angelegte Klein- und Kleinstgewässer für Amphibien (u.a. Springfrosch, Kreuzkröte, Wechselkröte) und Insekten bereit.

Parallel zu den Naturschutz-Maßnahmen konnten die Vorgaben aus dem bergrechtlichen Abschlussverfahren auf- und abgearbeitet werden. Vor allem durch den Abriss der vom Quarzabbau zurückgebliebenen Gebäude ist eine wesentliche Entlastung des Naturschutzgebietes zu erwarten, da gerade das ehemalige Wiegehaus dazu einlud, in ihm Müll abzuladen und von dort später im Gelände zu verteilen. Bei einer Reinigungsaktion im April 2010 wurden über 30 Kubikmeter Müll gesammelt und beseitigt.

Das Projekt, das die BUND NRW Naturschutzstiftung gemeinsam mit dem Vogelschutz-Komitee e. V. aufbaut, entwickelt sich auch hinsichtlich der Betreuung vor Ort ausgezeichnet. So hat die Kreisgruppe Rhein-Sieg des BUND die regelmäßigen Begehungen zur Verkehrssicherung entlang der öffentlichen Verkehrswege organisiert und einen regelmäßigen, wöchentlichen Pflegetermin aufgebaut, über den auch zahlreiche neue Aktive gewonnen und eingebunden werden konnten. Eine eigene Homepage zur Quarzgrube informiert über den historischen und jeweils aktuellen Stand dieses Natur-



Die ehemalige Uferschwalbenkolonie wurde unter vollem Einsatz freigestellt und steht jetzt wieder als Brutplatz zur Verfügung. Fotos: Klaus Schmidt/BUND RSK

schutzprojektes. Für das Jahr 2011 laufen nun weitere Kartierungen an, um die Veränderungen auch in der Entwicklung bestimmter Arten dokumentieren und verfolgen zu können. Im besonderen Fokus stehen dabei die Amphibien und Vögel.

Finanziell erhält die Quarzgrube eine breite finanzielle Unterstützung vom Vogelschutz-Komitee e. V., von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, über den Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), vom BUND Bundesverband sowie von der HIT Umwelt- und Naturschutzstiftung. Die Stadt Bornheim hilft ebenfalls über ihren Bauhof im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Mehr Infos: www.quarzgrube-brenig.de

Schönbär ist Schmetterling des Jahres 2010

Seit 2003 kürt die BUND NRW Naturschutzstiftung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. den „Schmetterling des Jahres“. Die Wahl 2010 fiel auf den Schönbär (*Callimorpha dominula*). Für die Jury war der Falter im Internationalen Jahr der Biodiversität ein Symbol für die faszinierende und bunte Vielfalt der bedrohten Natur.

Der Schönbär gehört zu den wenigen Nachtfalterarten, die auch tagsüber aktiv sind. Er kommt in lichten und feuchten Wäldern vor, die durch intensive Forstwirtschaft und die Trockenlegung von Kleingewässern immer seltener werden. Das Mähen von Wegrändern und Bachufem zerstört außerdem die Pflanzen, auf denen die Raupen leben. Bundesweit ist der Schönbär daher in den letzten 30 Jahren deutlich zurückgegangen und gilt in Nordrhein-Westfalen inzwischen als „stark gefährdet“.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

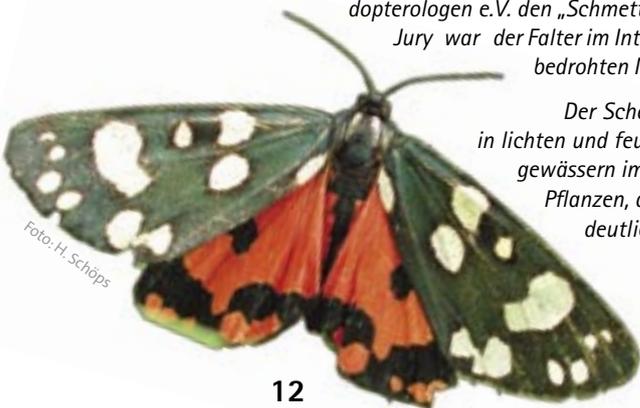


Foto: H. Schöps

Für den Schutz der Wälder

Viele unserer heimischen Wälder werden für kommerzielle Zwecke ausgeplündert und sind oft nur noch artenarme Monokulturen. Nachhaltige Waldwirtschaft ist vielerorts in Vergessenheit geraten. Es ist deshalb Zeit, die Weichen für Wälder zu stellen, die diesen Namen verdienen. Wälder, die bedrohten Tieren und Pflanzen einen dauerhaft schützenden Lebensraum bieten – naturnah, arten- und strukturreich. Neben wichtigen Funktionen zum Schutz von Boden und Klima ist ein naturnaher Wald auch ein wichtiger Erholungsraum. Wald muss daher außerhalb von besonderen Ruhezeiten in Schutzgebieten auch weiterhin zum Zwecke des Naturerlebnisses, der Erholung, der Bildung und des naturverträglichen Sports frei betreten werden können.

Der BUND hat deshalb im Landtagswahlkampf 2010 massiv für eine neue Waldpolitik geworben – mit Erfolg! Wesentliche BUND-Forderungen fanden Eingang in den Koalitionsvertrag. Der neue Umweltminister Johannes Remmel hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, das Landesforstgesetz zu einem Landeswaldgesetz weiterzuentwickeln und dieses an den Kriterien einer nachhaltigen Waldwirtschaft auszurichten. Dazu soll der Wald in öffentlicher Hand nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert und der Verkauf von Staatswald unterbunden werden. Auch das Jagdrecht soll grundlegend auf Basis ökologischer

Kriterien reformiert werden. Der Umweltminister hat zudem einen Erlass seines Vorgängers zur Anlage von Energieholzplantagen im Wald aufgehoben.

Dennoch bleibt für den BUND viel zu tun. Noch nie ging es dem Wald so schlecht wie in 2010. Gemäß des aktuellen Waldzustandsberichts sind nur noch 32 Prozent der Waldbäume ohne Schadensmerkmale. Auch von unserem Ziel, wegen der herausragenden ökologischen Bedeutung unserer heimischen Wälder in der laufenden Legislaturperiode mindestens zehn Prozent der Waldfläche aus jeder forstlichen Nutzung zu nehmen, sind wir noch entfernt.

Und auch außerhalb des Waldes gilt es, Fehlentwicklungen zu verhindern. Der BUND-Landesarbeitskreis Wald, Stadt- und Straßenbäume kümmert sich deshalb auch intensiv um unser Straßen- und Stadtgrün. Gerade auch vor dem Hintergrund der Funktion als Schadstoffsenke und Klimaregulator kommt diesem eine hohe Bedeutung zu. Viele Behörden des Landes, der Städte und Gemeinden sehen in dem für unsere Lebensqualität und Gesundheit dringlichen Schutz der Straßen- und Stadtbäume leider immer noch eine lästige Pflicht, einen finanziellen Luxus oder gar nur eine unter dem Aspekt der Verkehrssicherungspflicht abzuwickelnde Routinearbeit. Ein Umdenken bei den Verantwortlichen ist daher dringend geboten um effektiv den vielfältigen Schadensereignissen wirksam entgegen treten zu können.



Natürliche Buchenwaldgesellschaft in der Eifel. Der BUND fordert, 10 % der Wälder aus der Nutzung zu nehmen.

Foto: D. Jansen

Naherholung contra Natur?

Ob Outdoor-Sport, Naherholung, besinnliches Naturerlebnis oder gar Naturschutz – immer dann, wenn der Mensch die Natur aufsucht, kann es zu Konflikten kommen. Wir drohen, das, was wir eigentlich schützen wollen, zu Tode zu lieben. Seit vielen Jahren wirbt der BUND deshalb für ein Freizeitverhalten im Einklang mit der Natur. Waren früher das Kanufahren, Sportklettern oder Mountainbiking die klassischen Konfliktfelder, so sorgen heute die vermeintlich sanften Tourismusformen für Probleme.

So hat es in 2010 heftige Konflikte zwischen dem Fledermausschutz und der Einrichtung von Radwegen in den Tunneln der Wuppertaler Nordbahntrasse gegeben, die noch immer nicht gelöst sind. Weitere Beispiele

fanden sich im Rahmen der Regionale 2010 und deren „Zukunftsprojekte“ im Köln-Bonner Raum. Im Gerangel um die Fördergelder wurde so manch unsinniges und naturschädliches Projekt ersonnen, was auch den Bund der Steuerzahler auf den Plan rief. Der Rhein-Sieg-Kreis ist hier besonders negativ aufgefallen. In Troisdorf zählt z.B. der Bau des Wanderparkplatzes zu den unnötigen Maßnahmen. In der Gemeinde Windeck sind es gleich zwei teure Projekte, die massiv in Naturschutzgebiete eingreifen. So will die Gemeinde unter dem Deckmantel der Besucherlenkung den ökologisch sensiblen Bereich um die Ruinen der ehemaligen Pulvermühle im Elisenthal mit Wegen erschließen und damit erst recht gefährden. Gemeinsam mit zahlreichen Anwohnern wehrt sich der BUND mit dem Landesvorsitzenden Paul Kröfges an der Spitze gegen diese Planungen und hat bei öffentlichen Veranstaltungen und Exkursionen seine Position erläutert. Als Notmaßnahme wurde ein Antrag auf einstweilige Unterschutzstellung des Elisenthals als

Schladern und Dreisel hat, gerade weil er nicht durch beidseitige Wege, Häuser und Brücken erschlossen ist und beidseitig natürliche Strukturen aufweist, eine enorm hohe Bedeutung für den Naturschutz. Nirgendwo im Verlauf der mittleren und unteren Sieg im Rhein Sieg Kreis gibt es eine dermaßen ungestörte Situation auf beiden Seiten des Flusses, was eben der Grund dafür ist, dass hier ein Ruhe- und Rückzugsraum erster Güte für viele geschützte Tierarten entstanden ist. Nachdem der Naturschutz an der Sieg so viele Niederlagen und Rückschläge hat einstecken müssen, in dem allerorten Bebauung in Flussnähe, intensive landwirtschaftliche Nutzung, Deichbau, Verlust von Aue und Retentionsflächen und Wegebau stattgefunden hat, soll wenigstens in diesem Bereich der Naturschutz auch auf Dauer Vorrang haben. Genau dies nutzt nach unserer Auffassung auch dem Tourismus, denn intakte Naturlandschaften sind das wichtigste Kapital hierfür.



Ortstermin im Elisenthal: BUND-Landesvorsitzender Paul Kröfges erläutert die Problemlage.

Foto: BUND-Archiv

Naturschutzgebiet gestellt. Obwohl das Ziel angeblich von den Behörden unterstützt wird und es ein schon länger laufendes Verfahren mit einem entsprechenden Abgrenzungsvorschlag hierzu gibt, waren Kreis und Bezirksregierung nicht bereit, diesem Antrag zu folgen. Der Grund ist klar, man will erst den von der Gemeinde gewünschten problematischen Eingriff (Wegebau) umsetzen und weiß, dass eine Schutzgebietsausweisung, diesen nicht erlauben würde. Als Motto gilt also: „Erst zerstören, dann schützen!“

Ein weiteres Ärgernis in der Gemeinde Windeck ist die Planung einer Fahrradbrücke im Naturschutzgebiet der Sieg bei Dreisel. Hierzu haben Windecker Bürger über 3.800 Unterschriften zur Unterstützung des Baus gesammelt und Bürgermeister und Kreisplaner übergeben. Das erschwert den Widerstand gegen den Brückenbau, zumal der BUND an anderer Stelle ja auch mit Unterschriftensammlungen und der Unterstützung der Bürger für seine Ziele eintritt. Mittlerweile haben die Naturschutzverbände eine praktikable Alternative vorgeschlagen. Unabhängig hiervon bleiben unsere Argumente gegen den Bau der Brücke richtig: Der relativ kurze Bereich der Sieg zwischen dem Wasserfall bei

Ausblick

Ein Neuanfang in der Naturschutzpolitik ist überfällig. NRW braucht eine konsistente Biodiversitätsstrategie und ein Landesnaturschutzgesetz, welches die Rückschritte der letzten Legislaturperiode korrigiert, den Biotopverbund sowie die Eingriffsregelung stärkt und die Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände ausbaut. Die „finanziellen Kahlschläge“ beim für die Verbändebeteiligung an Planverfahren unverzichtbaren Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen müssen endlich gestoppt werden. Auch der täglich fortschreitende Flächenverbrauch erfordert endlich konsequente Gegenmaßnahmen.

Mit seinem BUND-Landesarbeitskreis Naturschutz ist der BUND personell gut aufgestellt. Derzeit ist ein umfassendes Naturschutzkonzept in Erarbeitung, das Grundlage für die Neuausrichtung der Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen sein wird.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/

Naturnahe Lebensadern schaffen

- Gewässerschutz mit dem BUND

Die Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen erstrecken sich über eine Länge von insgesamt ca. 50 000 km. Sie und ihre Auen sind Lebensadern der Biodiversität in unserer Landschaft. Doch noch immer verfehlen mindestens 90 Prozent der Bäche und Flüsse in NRW den gesetzlich geforderten guten ökologischen Zustand. Eine konsequente Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) steht deshalb seit vielen Jahren auf der Agenda des BUND.

Zum Schutz von Mensch und Umwelt müssen aber auch gefährliche Chemikalien – wie z.B. PFT – konsequent verboten und ersetzt werden. Wo dies nicht sofort möglich ist, müssen geschlossene Produktionskreisläufe und betriebliche Reinigungsanlagen nach bestmöglichem Stand der Technik eingesetzt werden. Indirekt- und Direkteinleitungen in Gewässer müssen wieder intensiver überwacht werden. Auch dafür machte sich der BUND im Landtagswahlkampf 2010 stark.

Zum Gewässerschutz gehört auch der Schutz unserer Grundwasservorräte. Nach wie vor ein Riesenproblem sind die Nitratbelastungen durch die Landwirtschaft. Abhilfe kann nur durch flächendeckende Umstellung auf den Ökolandbau bieten. Dazu muss der Raubbau an unseren Grundwasservorkommen gestoppt werden. Seit Jahrzehnten verbraucht so z.B. der Braunkohlenbergbau gigantische Mengen dieser wertvollen Ressource, ohne dafür einen Cent bezahlen zu müssen. Anstatt die Ewigkeitslasten der Allgemeinheit aufzubürden, ist hier endlich der Verursacher in die Pflicht zu nehmen.



Gewässerschutz nicht nur am „grünen Tisch“: Auch vor Ort – wie hier an der Weser – wirbt der BUND für naturnahe Lebensadern.

Foto: C. Aschemeier



GewässerkennerInnen gesucht!

Für die Mitwirkung bei der Aufstellung der Umsetzungsfahrpläne für „Ihr“ Gewässer sucht das Wassernetz NRW ehrenamtlich Aktive.

Mehr Infos: www.wassernetz-nrw.de/wnetz/aktuelles/66/561-gewaesserkennerin-gesucht

Mühsamer Neustart

Im Februar 2010 wurde der erste Bewirtschaftungsplan für die Gewässer in NRW von der Landesregierung beschlossen. Doch wer erwartet hatte, dass danach sofort die große Welle der Renaturierungsmaßnahmen beginnt, sah sich getäuscht. So schienen viele Behörden zunächst einmal in einen Erholungsschlaf zu versinken,

vielleicht auch, weil die bevorstehenden Wahlen offen ließen, welchen Kurs eine zukünftige Landesregierung verfolgt. Zudem wurde eine neue Planungsphase ausgerufen – die Umsetzungsfahrpläne – für die erneut lange Diskussionen zu erwarten waren. Die Etablierung dieser Arbeitsgruppen ließ jedoch auf sich warten, erst im Herbst erfolgten die ersten Einladungen und auch Anfang 2011 stehen Regionen wie die Rur noch ganz am Anfang.

Politikwechsel?

Die Wahlen im Mai brachten eine neue Landesregierung, die sich in ihrer Koalitionsvereinbarung viele neue Ziele gesetzt hat. Auch der Wasserbereich soll einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Ein kompletter Neustart ist jedoch nicht zu erwarten, denn mit dem Bewirtschaftungsplan sind viele Entscheidungen für die nächsten sechs Jahre bereits vorgegeben.

Positiv ist zu vermerken, dass die bisherigen Gewässerschutzziele weiter Bestand haben und weiter intensi-

viert werden sollen. Mit der dauerhaften Festschreibung des Wasserentnahmetgelts wird hoffentlich eine gute Basis dafür geschaffen. Auch die Anhebung dieser Gebühr, vor allem für Kühlwasserentnahmen, geht in die richtige Richtung. Für die weitere Ausgestaltung der Wasserpolitik hat der BUND den Dialog mit der Regierung aufgenommen und wird ihn 2011 intensivieren.

Wassernetz reloaded

Auch für die Wasserexperten im BUND standen 2010 einige Veränderungen an. Zunächst einmal war die zweite Projektphase des Wassernetz NRW Ende des vorherigen Jahres ausgelaufen. Dieses Projekt wird vom BUND gemeinsam mit den Naturschutzverbänden NABU und LNU getragen. Eine Fortsetzung der Förderung ließ auf sich warten, so dass hier zunächst einmal auf eine regelmäßige Unterstützung verzichtet werden musste. Erst im Mai zeichnete sich nach längeren Verhandlungen mit dem Umweltministerium eine Fortsetzung der Projektförderung ab, die im Juni Realität wurde. Auch zukünftig wird Christoph Aschemeier, die Umsetzung der WRRL begleiten.

Neben dem Wassernetz-Projekt wird derzeit auch der ehrenamtliche Arbeitskreis Wasser auf eine neue Basis gestellt. Themen gibt es genug: Die anstehende Novelle des Landeswassergesetzes gehört ebenso dazu wie die Rolle der Wasserkraft in NRW.



Wir wollen an den Bach!

Großen Interesse fand im Februar 2010 das vom BUND zusammen mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) organisierte landesweite Bachpatenschaftstreffen. Zahlreiche Initiativen und Interessenten kamen in Recklinghausen zusammen, um sich über diese Form des Gewässerschutzes zu informieren. Bachpatenschaften können gerade für lokale BUND-Gruppen eine



Der BUND hat umfangreiches Informations-Material rund um den Gewässerschutz erstellt. Foto: C. Aschemeier

gute Möglichkeit sein, praktische Naturschutzarbeit zu leisten. Solche Einsätze sind sehr presserwirksam und bieten die Möglichkeit mit neuen Leuten in Kontakt zu kommen.

Die Ergebnisse des Seminars und weitere Informationen zum Thema Bachpatenschaften sind auf einer Seite des Wassernetz NRW zusammen gestellt: www.wassernetz-nrw.de/wnetz/aktuelles/veranstaltungshinweise/517-bachpatentreffen-2010

Sürther Aue (vorerst) wieder Naturschutzgebiet

Seit Jahren kämpft der BUND zusammen mit der örtlichen Aktionsgemeinschaft für den Erhalt der Sürther Aue bei Köln und gegen den überflüssigen Ausbau des Godorfer Hafens. Der so forscht und mit großem Polizeiaufgebot begonnene Hafenausbau entwickelt sich dabei mehr und mehr zu einer Hängepartie mit ungewissem Ausgang. Nach Rodung der Aue und pompöser Grundsteinlegung kam im September 2009 das vorläufige Aus des Projekts. Die Klage eines Anwohners stoppte den Ausbau. Der Baustopp hat bis heute Bestand, eine Hauptverhandlung beim Oberverwaltungsgericht Münster steht in 2011 an. Damit ist die Sürther Aue zumindest bis zu einer endgültigen Gerichtsentscheidung wieder Naturschutzgebiet.

Die Aktiven vor Ort haben gemeinsam mit dem BUND die Zeit genutzt und der HGK und den mit ihr verklüngelten Politikern keine Ruhe gelassen.

Mehrere Strafanzeigen und Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) wurden eingereicht, Akteneinsichtstermine fanden statt, und die logistischen Alternativen zum Ausbau des Godorfer Hafens wurden weiter entwickelt und überprüft.

Zwei Strafanzeigen des BUND richteten sich gegen den Versuch der HGK, für das über 60 Millionen teure Bauprojekt auch noch Subventionen in Höhe von über 30 Millionen Euro einzustreichen. Dabei hatte der Kölner Rat den Baubeschluss ausdrücklich nur unter der Prämisse gefasst, dass dieses Projekt angeblich hoch rentabel und wirtschaftlich sei. Trotzdem beantragte die HGK eine saftige Subvention in Höhe von 53 Prozent der Bausumme. Subventionen darf es aber gemäß der entsprechenden Vorgaben nur für unrentable Investitionen geben. Grund genug für den BUND, der HGK Subventionsbetrug vorzuwerfen. Die Strafanzeige führte zwar nicht zu formellen Ermittlungen, da laut Staatsanwaltschaft der Förderrichtlinie des Subventionsgebers andere Kriterien als dem Wirtschaftlichkeitsgutachten zugrunde liegen. Dies ist Trickserei, urteilte auch die

Presse, und legt den Schluss nahe, dass der Stadtrat dem Hafenausbau aufgrund fragwürdiger Annahmen zugestimmt hat.

Eine weitere Strafanzeige des BUND gegen die HGK und angrenzende Chemiefirmen wegen Wasser- und Bodenverschmutzung führte zwar letztendlich auch nicht zu einem Ermittlungsverfahren, zog aber hinter den Kulissen immer größere Kreise. Wie sich bei einer vom BUND erzwungenen Akteneinsicht zeigte, ist das ganze Hafengelände eine einzige Altlasten-Verdachtsfläche. Nicht nur ein im Vorjahr entdecktes Leck an einer Chemiepipeline, sondern auch zahllose alte Undichtigkeiten und Unfälle haben das Gelände in hohem Maße belastet. Auch die Kölner Staatsanwaltschaft, sah wohl diese Gefahrenlage und hat auf Grund der BUND-Strafanzeige umfassende Untersuchungen, neue Messstellen und Bewertungen gefordert. Auch wenn die Strafermittlung inzwischen eingestellt wurde, hat die BUND-Anzeige somit einiges bewirkt.

Erfreulicherweise hat sich der neue Umweltminister Johannes Remmel auf Bitte des BUND hin unmittelbar mit der Angelegenheit befasst und mit BUND und Aktionsgemeinschaft über die Probleme des Hafenausbaus gesprochen. Weniger angetan waren wir dagegen über den Umgang des neu besetzten Verkehrsministeriums mit diesem Thema. Dessen Hausspitze war trotz grünem Staatssekretär leider bisher nicht zu einem Gespräch bereit. Auch hier wird es 2011 einen neuen Anlauf geben.



Der jahrelange Kampf für den Erhalt der Sürther Rheinaue im Süden Kölns war bislang durchaus erfolgreich. Doch der endgültige Ausgang des Streits ist ungewiss.

Fotos: BUND-Archiv

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser/weitere_wasserthemen/godorfer_hafen

Hochwasserschutz – Vom technischen Bauwerk zur ökologischen Entwicklung

2010 war es mal wieder soweit. Gleich mehrere Hochwasserereignisse waren in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen, darunter ein intensives Sommerhochwasser, das vor allem im Münsterland die Bäche zum Überlaufen brachte. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass in Folge des Klimawandels solche Ereignisse noch zunehmen werden. Gleichzeitig mehren sich im Land die Stimmen, die bereits einen weiteren Ausbau der Deiche fordern. Naturverträgliche Hochwassermaßnahmen wie die Schaffung neuer Retentionsräume werden in vielen Fällen weiterhin radikal abgelehnt.

Auch der BUND hat sich dieser Thematik angenommen. Eine länderübergreifende BUND-Arbeitsgruppe hat 2010 damit begonnen, sich eine Übersicht über die ökologische Qualität der Hochwasserschutzgebiete am Rhein zu verschaffen. Dabei ergibt sich ein ernüchterndes Bild. Die meisten Bundesländer sind mit der Schaffung neuer Rückhalteflächen im Rückstand und eine ökologische Ausgestaltung der bestehenden Rückhalteräume fehlt fast vollständig.

Dabei bieten gerade Deichrückverlegungen und Retentionsräume hervorragende Möglichkeiten einer ökologischen Aufwertung der Flussläufe, bis hin zur Entwicklung neuer Auwälder. Der BUND fordert daher, dass bei der Gestaltung der Rückhalteräume zukünftig nicht die unbeeinflusste (landwirtschaftliche) Nutzung im Vordergrund stehen darf. Statt einer Flutung alle 10 oder 20 Jahre ist es notwendig, auch kleinere Hochwässer in den Retentionsflächen zuzulassen. Bei der

landwirtschaftlichen Nutzung darf nicht der Ackerbau im Vordergrund stehen sondern eine extensive Grünlandwirtschaft, die auch mit höheren Wasserständen klarkommt. Im optimalen Fall entstehen neue Auenflächen und -wälder, die dann zur Erhaltung der Biodiversität unserer Flussökosysteme beitragen.

Für das Jahr 2011 planen die rheinanliegenden BUND-Verbände die Herausgabe einer umfassenden Studie zur Situation und Entwicklung der Hochwasserschutzgebiete am Rhein.



Foto: wikipedia



Agrarwende rückt näher

- NRW frei von Gentechnik

Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft umfassen eine breite Themenpalette von Gentechnik über Tierhaltung bis hin zu Agrarsubventionen, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz u.v.m. Vor allem der anhaltende Bau neuer Mastanlagen löste 2010 an vielen Orten Sorge, Empörung und kritische Debatten aus. Selbst in den traditionellen Tierhaltungsregionen NRWs wird diese Entwicklung nicht länger widerspruchslos hingenommen. Der BUND nutzte die Landtagswahl, um überfällige Korrekturen in der NRW-Agrarpolitik einzufordern und zukunftsfähige Alternativen aufzuzeigen. In bewährter Zusammenarbeit mit unserem Bundesverband und gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns engagiert und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und standen ebenso den Medien Rede und Antwort.



Die Massenproteste zeigen: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt wie der BUND den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ab.

Foto: G. Brunsmeier

Gentechnikfreies NRW

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um den Anbau von Genmais im Münsterland und in Werne (Kreis Unna) waren die Äcker in NRW im Jahr 2010 erneut gentechnikfrei. Das nationale Anbauverbot für den MON810 hatte Bestand und der von der Bundesregierung propagierte Anbau der Genkartoffel ‚Amflora‘ unterblieb in NRW. Dies ist ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Auch für das Jahr 2011 ist in NRW kein Gentech-Anbau zu erwarten.

Ein gutes Signal kommt von der Landespolitik. Viele Jahre lang setzen wir uns beharrlich gegenüber allen Landesregierungen für den Ausschluss von genmanipulierten Pflanzen auf landeseigenen Flächen ein. Die Aus-

dauer hat sich nun gelohnt: Direkt zu Jahresbeginn 2011 griff der NRW-Landtag das Anliegen auf und fasste einen entsprechenden Beschluss. Dies gibt unserer Arbeit und den gentechnikfreien Regionen viel Rückenwind!

Während sich auf EU-Ebene mit Anträgen für eine Neuzulassung des Genmais MON810 und weiterer Gentech-Sorten neues Ungemach abzeichnet, folgten im Jahr 2010 gleich mehrere große Molkereien dem Wunsch der Verbraucher: sie brachten Milch ‚ohne Gentechnik‘ auf den Markt, also von Kühen, die gentechnikfrei gefüttert



werden. Die langjährige Kampagne des BUND und anderer für Lebensmittel ‚ohne Gentechnik‘, an der sich auch zahlreiche BUND-Gruppen und -Mitglieder aus NRW beteiligten, trägt damit Früchte. Besonders begrüßen wir die Markteinführung der ‚Fairen Milch‘ in NRW, die neben dem Verzicht auf Gentechnik ein weiteres Plus bietet: Die Bäuerinnen und Bauern erhalten einen deutlich höheren Erlös als üblich und die Tiere viel Grünfutter. Wegen dieser und weiterer verbindlicher Vorgaben sieht der BUND in dem Faire-Milch-Konzept auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt heimischer Wiesen und Weiden.

Für artgerechte Tierhaltung – Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Die zurückliegenden fünf Jahre Agrarpolitik der CDU/FDP-Regierung waren in Sachen Tierschutz und Landwirtschaft von Rückschritten und Stagnation geprägt. Statt eine artgerechte Haltung als Chance zu begreifen und zu befördern, nimmt sie auch weiterhin nur eine kleine Nische ein und so bestimmten auch 2010 Intensivierung und Konzentration der Fleisch- und Eierproduktion das Geschehen in NRW. Vor allem Anträge auf Neubau und Erweiterung von Hähnchenmastanla-

Höhepunkt der Kampagne gegen Massentierhaltung war die Großdemonstration am 24. Januar 2011 in Berlin. Unter dem Motto „Wir haben es satt“: forderten 22.000 Demo-TeilnehmerInnen eine ökologisch bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung und Gentechnik.

Foto: G. Brunsmeier



gen nahmen sprunghaft zu. In vielen Orten zwischen Niederrhein und Ostwestfalen mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen und Veranstaltungen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.

Seit dem Regierungswechsel in Düsseldorf zeichnet sich eine angemessenere Gewichtung des Tierschutzes an – ein Anliegen von Verfassungsrang. Ob Stallbauten oder das Kupieren von Körperteilen von Tieren: In zahlreichen Expertengesprächen und Beratungen bringt der BUND NRW seine Vorstellungen für einen verbesserten Tierschutz ein.

Dabei geht es uns aber nicht allein um einige Quadratmeter mehr Fläche im Stall. Es gilt vielmehr, Agrarfabriken mit vielen zehntausenden Tieren in die Schranken zu weisen, die Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben zu unterstützen, nicht mehr Tiere zu halten, als wir auch von unseren Flächen hierzulande ernähren können, und Subventionen z.B. für Agrarfabriken und Fleischexporte zu Dumpingpreisen zu stoppen. Unter dem Motto ‚Wir haben es satt‘ demonstrierten deshalb Anfang 2011 mehr als 22.000 Menschen in Berlin – auch viele BUNDlerinnen und BUNDler aus NRW beteiligten sich hieran sichtbar.

Für eine umweltverträgliche Nutzung von Biomasse

Die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Strom und Wärme ist ein sinnvoller Baustein der Energieerzeugung, sofern es sich um schadstofffreie organische Abfälle wie z.B. Grünschnitt handelt, die in kleineren dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung eingesetzt werden. Bei einem gezielten Anbau von ‚Energiepflanzen‘ hingegen sind sehr genau die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu beachten. Für den BUND gilt, dass er klar definierten energiewirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards genügen muss.

Fehlentwicklungen zeichnen sich in NRW heute insbesondere dort ab, wo neben einem ohnehin schon viel zu intensiven Maisanbau infolge von Massentierhaltung zudem der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt, z.B. im nördlichen Münsterland. Die Maisanbaufläche in NRW weitete sich in den letzten acht Jahren in NRW stetig aus. Die Herausforderung, den notwendigen Ausbau regenerativer Energien voranzubringen, ohne zugleich z.B. den Maisbau auszuweiten und zunehmend weitere Ackerflächen durch ‚Energiepflanzen‘ in Anspruch zu nehmen, bleibt in NRW damit ganz oben auf der Agenda. Der BUND beantwortete auch 2010 zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung, der Presse und von Bürgerinitiativen zu diesen Themenkomplex.

Zu den genannten Themen kamen weitere wie z.B. Gülletransporte, die anhaltend überhöhten Nitratwerte im Grundwasser, Dioxine in Futtermitteln und etliche Verbraucherschutzthemen hinzu.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/

Eine Folge des Booms bei Biogasanlagen ist die zunehmende, ökologisch höchst bedenkliche „Vermaisung“ der Landschaft.

Foto: D. Jansen



Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich fast 20 BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweiden. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an, organisieren Sortenbestimmungen, Apfelfeste und Vorträge.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobst-äpfel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft/genetik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung/



Preis als allgemein üblich und lassen die Früchte zehntausenden Flaschen naturtrüben Safts vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

Obstwiesenschutz konkret – zum Beispiel im Rhein-Kreis Neuss

Seit einigen Jahren kümmern sich die BUND-Aktiven im Kreis Neuss um den Erhalt und die Neuanpflanzung von Obstbäumen. In Jüchen sammeln die BUND-Spechte alte CDs und Handys. Aus dem Verkaufserlös pflanzen sie an den Schulen im Gemeindegebiet alte Apfelsorten, wie den Rheinischen Bohnapfel oder den Roten Berlepsch.

In Dormagen helfen die Ehrenamtler des BUND der Biologischen Station bei der Pflege der mittlerweile über 1.500 Bäume, die zum Teil als Ausgleichsmaßnahmen gepflanzt wurden. In der Bio-Station wird auch in Zusammenarbeit mit dem LVR nach alten rheinischen Sorten gesucht. Werden Altbäume ausfindig gemacht, vermehrt man diese über Reiser und siedelt sie auf verschiedenen Wiesen im Kreisgebiet wieder an.

In Grevenbroich hat die Ortsgruppe die Pflege der Obstbäume im Stadtpark übernommen. Diese Wiese war einst der Garten von Dietrich Uhlhorn jr., einem der erfolgreichsten Privatzüchter seiner Zeit, der viele Obstbaumsorten (Zuccalmaglio, Berlepsch, Creo, Grevenbroicher Knorpelkirsche, usw.) züchtete. Leider versäumte es die Stadt dieses Erbe zu erhalten und den Bestand zu verjüngen, so gibt es keine alten Uhlhorn-Bäume mehr. Über ein Patenbaum-Projekt versuchen die Grevenbroicher Naturschützer die alten Sorten zurück zu holen. Mittlerweile gibt es wieder die Dycker Schmalzbirne, Uhlhorns Augustkalvill und die Latumer Sure auf dieser geschichtsträchtigen Wiese. Ferner bietet die Ortsgruppe regelmäßig Baumschnittkurse an, bei denen Gartenbesitzer in Theorie und Praxis an der Astschere ausgebildet werden.

Fazit und Ausblick

Mit fachpolitischen Stellungnahmen, fundierten Recherchen und markanten Aktionen mischt sich der BUND aktiv in die Agrarpolitik ein. Die vielen Anfragen aus der Bevölkerung und den Medien weisen uns dabei als kompetenten Ansprechpartner aus. Vor allem in Bereich Gentechnik können wir uns über das bisher Erreichte freuen.

Zugleich stellt die Agro-Gentechnik in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen im Themenfeld Landwirtschaft/Naturschutz dar. Die schwarz-gelbe Bundesregierung spricht sich für die Förderung des Genteuch-Anbaus und explizit der Gen-Kartoffel Amflora aus, die Anfang 2010 die EU-Zulassung für den Anbau für industrielle Anwendungen und als Futtermittel erhielt. Ebenso steht in der EU die Zulassung neuer Genteuch-Pflanzen für den Anbau vor der Tür. Sollte der MON 810 von der EU neu zugelassen werden, würde das Anbauverbot in Deutschland zunächst aufgehoben. Neben der Abwehr des Anbaus gilt es vor allem, weiterhin engagiert für das Label ‚ohne Gentechnik‘ zu werben. Die Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel im Jahr 2010 und Projekte wie die ‚Faire Milch‘ zeigen den Weg auf.

Und ein weiteres Thema wird an Bedeutung gewinnen: Die Erhaltung des Grünlandes in NRW. Artenreiche Wiesen und Weiden, extensiv von bäuerlichen Betrieben bewirtschaftet, dienen der Biodiversität und gleichermaßen dem Erhalt einer lebendigen Kulturlandschaft.

Wir sind auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen gut vorbereitet und wissen hierbei den Großteil der Verbraucherinnen und viele Aktive vor Ort hinter uns. Machen auch Sie mit!

Verkehr, Chemie, Abfall – Gesundheitsschutz auf dem Abstellgleis?

Der Wirtschaftsstandort NRW ist in Gefahr! Es droht die Deindustrialisierung! Wir ersticken im Dauerstau und brauchen deshalb neue Straßen! Wer gegen die CO-Pipeline ist, gefährdet unsere Arbeitsplätze! So oder ähnlich lauten die Schlagworte von Presse und Politik, wenn sich der BUND für gesunde Lebensbedingungen und gegen überflüssige und schädliche Infrastruktur- und Industrieprojekte einsetzt. Doch wir halten an unserem Kurs fest: Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen muss Vorrang vor ökonomischen Einzelinteressen haben, Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Wird NRW zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution, werden die Umwelt geschützt, nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

Für saubere Luft und gesunde Lebensbedingungen – gegen Mülltourismus

Der BUND hat im Landtagswahlkampf 2010 vehement gefordert, die neue Landesregierung müsse sich zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bekennen und sich für saubere Luft und eine gesunde Umwelt einsetzen. Es müsse endlich Schluss sein mit der schwarz-gelben „Privat vor Staat“-Politik, die in den letzten Jahren zu weniger Umwelt- und Gesundheitsschutz für die Menschen in Nordrhein-Westfalen geführt hat.

Die aktuellen PCB-Skandale zeigen, wie wichtig eine starke Umweltverwaltung ist. Jetzt rächt sich der vom BUND massiv kritisierte Behörden-Kahlschlag. Die Kontrollbehörden können ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen, schauen weg, sind überfordert. Was wir brauchen, ist auch mehr Transparenz in Bezug auf Risikobetriebe; die Aufweichung der ökologischen und genehmigungsrechtlichen Standards für genehmigungsbedürftige Anlagen muss revidiert werden.

Anstatt die Scheinverwertung von Abfällen durch den Bau von so genannten Ersatzbrennstoff-Kraftwerken zu forcieren und den Müllimport für nicht ausgelastete Müllverbrennungsanlagen zu begünstigen, muss endlich die Abfallvermeidung Vorrang bekommen. Im Abfallwirtschaftsplan müssen Maßnahmen zur Vermeidung und stofflichen Verwertung von Siedlungsabfällen verbindlich festgeschrieben werden. Fehlentwicklungen gilt es zu korrigieren, damit die Abfallentsorgung nicht allein dem wirtschaftlichen Wettbewerb überlassen wird. Der weitere Abbau von Umweltstandards bei den Verbrennungsanlagen und zunehmender Mülltourismus würden sonst unausweichlich.

Erste Erfolge stellen sich ein: Im Bereich der Umweltverwaltung sollen 300 neue Stellen geschaffen werden. Der kontraproduktive Abfallwirtschaftsplan des CDU-Ex-Umweltministers Uhlenberg wurde aufgehoben, Initiativen der Landesregierung zur Anpassung der Grenzwerte bei Müllverbrennungsanlagen an den Stand der Technik angekündigt. Auch sollen endlich Luftschadstoffe wirksam bekämpft und wirksame Maßnahmen zur Lärminderung ergriffen werden.

Seit Jahren kämpft der BUND gemeinsam mit den BIs gegen die Bayer-Giftröhre – mit Erfolg! Deren Inbetriebnahme wird immer unwahrscheinlicher.

Foto: D. Donner



Erfolgreicher Pipeline-Widerstand

Auch 2010 sorgt die Bayer-Skandal-Röhre zwischen Dormagen und Uerdingen wieder für Schlagzeilen: Andauernde Bombenfunde entlang der Trasse, neue Baumängel und absinkender Baugrund belegten erneut das unvermeidbare Risiko der Pipeline-Inbetriebnahme.

Die Landtagswahl 2010 hat den Bayer-Plänen, hochgiftiges CO-Gas durch die Röhre zu schicken, einen weiteren Dämpfer verpasst. Im Koalitionsvertrag schreibt Rot-Grün auf Druck der Pipeline-Gegner fest, dass zunächst das der Planung zugrunde liegende Rohrleitungsgesetz zu überprüfen ist. Beide Parteien sehen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in Frage gestellt. Neben Sicherheitsfragen soll in einem Dialogprozess mit Bayer die Modernisierung der CO-Produktion vor Ort in Uerdingen als Alternative zu dem hochriskanten Projekt

erörtert werden.

Als dann die BUND-Regionalgruppe Düsseldorf auf in aller Heimlichkeit und ohne Genehmigung von Bayer durchgeführte Änderungen an der Röhre hingewiesen hatte, verfügte die neue Düsseldorfer Regierungspräsidentin Anne Lütke einen Baustopp. Jetzt soll ein neues, ergebnisoffenes Planänderungsverfahren mit umfassender Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Eine weitere selbst verschuldete Hürde türmt sich vor der Bayer-Führung auf. Denn der Prozess vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf dürfte schon in der ersten Instanz länger dauern, als Bayer sich das in den schlimmsten Träumen vorgestellt hat. Das liegt nicht an den Richtern, sondern an den Bayer/TÜV-Fehlern sowohl zur Erdbebenproblematik als auch zu den eigenmächtig geänderten Rohrqualitäten.

BUND und Bürgerinitiativen sehen das endgültige Aus für die überflüssige und riskante Röhre immer näher rücken. Das hat mit vermeintlicher Industrie-feindlichkeit oder Blockadepolitik nichts zu tun, sondern wäre zwangsläufiges Resultat einer völlig verfehlten Planung.

Dabei gibt es längst Alternativen. Die Bayer-Behauptung, dafür käme nur der Lkw-Transport oder die Abwanderung ins Ausland infrage, klingt schon fast nach Erpressung. Richtig ist, dass Bayer am Standort Dormagen den Bau eines modernen Steam-Reformers als Teil seiner Zukunftsinvestition angekündigt hat, dies aber zugleich als Ersatz der in Uerdingen seit 50 Jahren laufenden CO-Herstellung aus Kokskohle ablehnt.

Luftreinhalteplanung kommt voran

Die Luftreinhalteplanung in NRW kommt voran - wenn auch viel zu langsam. Trotz signifikanter Verbesserungen in puncto Feinstaub wurden die gesetzlichen Grenzwerte auch in 2010 wieder in etlichen Regionen überschritten, so z.B. in



Stadtentwicklung und Verkehr

Die Zukunft unserer Städte angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels und des Klimawechsels ist ein Dauerthema. Auch der Flächenverbrauch schreitet trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse der Politik voran. Noch immer werden tagtäglich fast 15 Hektar Freifläche „verbraucht“. Die vom Umweltministerium einberufene „Allianz für die Fläche“ hat daran bislang nichts ändern können.

Für den BUND Grund genug, seine Bemühungen zukünftig noch zu intensivieren. Auf Landesebene wurde daher jetzt der Arbeitskreis Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung gegründet bzw. reaktiviert. Er setzt sich zum Ziel, die zahlreichen lokalen Aktivitäten zu bündeln und auf die landesweite Agenda zu setzen.

Lokale BUND-Aktivitäten gibt es reichlich. In Düsseldorf forderte so z.B. im Sommer 2010 eine vom BUND beantragte und von einem breiten Aktionsbündnis getragene Demonstration (Foto oben) mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen ein radikales Umsteuern in der Verkehrspolitik. Mit dem Bekenntnis für eine klimaneutrale Landeshauptstadt bis 2050 sei zwar ein wichtiges Ziel formuliert worden. Allerdings klammerten die konkreten Klimaschutzplanungen bislang allesamt ausgerechnet den Verkehr aus. Das immer noch vorrangige Leitbild einer autogerechten Stadt unterlaufe damit nicht nur die Klimaschutzziele, sondern beeinträchtige die Lebensqualität in den Städten und verhindere eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Duisburg, Düsseldorf und Niederrhein (Braunkohlentagebau Hambach). Keinerlei Verbesserungen ist in Sachen Stickstoffdioxid (NO_2) zu vermeiden.

Seit dem 1. Januar 2010 gelten auch für das ebenso gesundheitsschädliche NO_2 neue Grenzwerte. Anders als beim Feinstaub, wo meistens die regionale Hintergrundbelastung aus Industrie und Kraftwerken dominiert, ist der Verkehr mit weitem Abstand Hauptverursacher der NO_2 -Belastung. Der BUND hält deshalb die Ausweitung der Umweltzonen, den Wegfall von Ausnahmeregelungen und Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger nach wie vor für unverzichtbar. Das Gerede von ADAC und IHKs, die Umweltzonen brächten nichts, läuft daher voll ins Leere.

Umweltzonen leisten aber auch einen Beitrag zur Senkung der verkehrsbedingten Feinstaub-Immisionen - das zeigen die Auswertungen des Landesumweltamtes. Deshalb setzt sich der BUND auch weiterhin in den verschiedenen Projektgruppen für die Luftreinhalteplanung bei den Bezirksregierungen für möglichst große Umweltzonen und den Wegfall der noch zahlrei-

chen Ausnahmeregelungen ein.

Nach wie vor große Defizite sehen wir allerdings bei der zwingend notwendigen Reduktion der Hintergrund-Belastung. Hier trauen sich die Behörden offenbar noch immer nicht, den Gesundheitsschutz höher zu gewichten, als die ökonomischen Interessen.

Dabei belegt ein aktueller Bericht des NRW-Umweltministeriums erneut, wie gefährlich PM10 und NO₂ für die menschliche Gesundheit sind. Fazit der MedizinerInnen: Jede Verringerung der Belastung mit Feinstaub und Stickstoffdioxid in der Luft ist eindeutig mit einem Gesundheitsgewinn für die Bevölkerung verbunden.

Ein solcher Gesundheitsgewinn zeichnet sich jetzt endlich auch im Umfeld des Braunkohlentagebaus Hambach ab. Sieben Jahre, nachdem der BUND den

Zusammenhang zwischen Tagebau und Feinstaubbelastung aufgedeckt und sich in der Folge kontinuierlich bei der Bezirksregierung Köln für einen Luftreinhalteplan eingesetzt hatte, wird ein solcher nun auch für diesen Tagebau auf den Weg gebracht. Im nächsten Schritt wollen wir jetzt auch unser Ziel eines revierweiten Luftreinhalteplans erreichen.

Fünfzehn Jahre nachdem die erste EU-Richtlinie zur Feinstaubbekämpfung verabschiedet wurde hat die Politik des Verharmlosens und Verzögerns jetzt hoffentlich ein Ende. Im Juni 2011 läuft die seitens der EU gesetzte Frist zur Einhaltung der Grenzwerte für PM10 ab. Bei Nicht-Einhaltung drohen hohe Vertragsstrafen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/luftreinhalteplanung



*Ortstermin im Sauerland:
Von waldiger Anhöhe in
Oesbern aus nahmen die
AutobahngegnerInnen einen
Blick auf die geplante Trasse
der A 46.*

Foto: D. Jansen

BUND gegen A 46-Weiterbau

Die geplante Verlängerung der Autobahn A 46 von Hemer bis Arnsberg sorgte auch in 2010 wieder für Schlagzeilen. Bei einem Vor-Ort-Termin erklärten die Spitzen des BUND-Bundes- und des Landesverbandes die Herausnahme der A 46 aus dem vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan zum gemeinsamen politischen Ziel. Der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger sah in der umstrittenen Trasse gar „eine der ökologischen Todsünden des Bundesverkehrswegeplanes“. Die auch verkehrspolitisch mehr als fragwürdige Autobahn würde zwangsläufig unlösbare Konflikte mit den betroffenen FFH-Schutzgebieten und seltenen Tierarten hervorrufen. Die planerische Abstufung ist daher einer von mehreren Vorstößen, um die verkehrs- und naturschutzpolitisch desaströse Autobahn-Planung zu verhindern. Unterstützung erhält der BUND von der örtlichen Bürgerinitiative GigA 46.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik

Bildung für nachhaltige Entwicklung

- erfolgreiche Angebote des BUND

Bildung als ein zentraler Aspekt erfolgreicher Umweltarbeit – das steht schon lange auf der Agenda des BUND und der BUNDjugend. Der BUND und die BUNDjugend bieten vielfältige Bildungsangebote an. Im Zentrum stehen das bewährte BUND-Projekt „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“, aktuell erweitert durch das neue Projekt „Einfach ganz ANDERS“. Die Veranstaltungs-Kooperation im Rahmen der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW blickt bereits auf eine mehr als 25-jährige Geschichte zurück.



Lernen mitten in der Natur: Grundschüler als Umwelt-Agenten. Fotos: BUNDjugend

Für Grundschulen bildet der BUND weiterhin UmweltbildnerInnen aus, die Bildungsangebote unter dem Motto „Umwelt-Agenten – im Auftrag der Natur“ durchführen möchten. In den letzten drei Jahren sind bereits 210 Personen qualifiziert worden und die Nachfrage ist weiterhin hoch. So konnten BUND und BUNDjugend NRW einen wichtigen Schritt dazu beitragen, Umweltbildung und globales Lernen an Ganztagschulen zu stärken.

Weitere Infos unter www.einfachganzanders.de und www.umweltbildung-ogs.de

Natur- und Umweltschutz-Akademie

Das Bewusstsein für den Natur- und Umweltschutz in der Bevölkerung zu wecken und zu stärken sowie die in diesem Bereich Aktiven zu informieren und fortzubilden – das sind die Aufgaben der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA). Seit ihrer Einrichtung – 1985 zunächst als „Naturschutzzentrum NRW“ und 1997 zur NUA weiterentwickelt – kommt sie dieser Aufgabe in einer Vielzahl von Veranstaltungen, Lehrgängen, Aktionstagen und Kampagnen sowie durch die Entwicklung und Bereitstellung von Informationsmaterialien nach.

Die NUA ist eingerichtet im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV) und arbeitet in einem Kooperationsmodell mit den vier anerkannten Naturschutzverbänden BUND, LNU, NABU, und SDW zusammen. Sie kooperiert darüber hinaus mit allen Bildungseinrichtungen, Institutionen und Gruppen, die erhaltend, gestaltend, wirtschaftend und mit Freizeitaktivitäten in der Landschaft wirken.

Für den BUND ist die NUA das traditionelle Standbein der Umweltbildung. Seit ihrer Gründung konnte der BUND dank der finanziellen Unterstützung im Rahmen des Kooperationsmodells unzählige Fachveranstaltungen, Seminare und Workshops realisieren.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/umweltbildung

Aktiv an Ganztagschulen

Im Jahr 2010 konnten BUND und BUNDjugend NRW ihr Engagement an Ganztagschulen ausweiten. Eine Projektförderung des Nordrhein-Westfälischen Umweltministeriums ermöglichte es, neben der bewährten Kampagne „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschulen“ das Projekt „Einfach ganz ANDERS – Bildung für Nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen“ ins Leben zu rufen, das sich an weiterführende Schulen richtet.

Im Rahmen des Vorhabens werden Schülerinnen und Schülern die ökologischen und sozialen Folgen unseres Lebensstils anhand der Schwerpunktthemen Klima, Wasser und Boden vermittelt. Das Projekt wird in Kooperation mit dem *Eine Welt Netz NRW* durchgeführt. Bis 2012 sind vier dreiteilige Fortbildungsreihen sowie zwei Kompaktseminare geplant. Die Teilnehmenden werden auf ihre Arbeit als AG-Leitung an einer Ganztagschule vorbereitet und durch eigens konzipierte Lernreihen unterstützt. Darüber hinaus übernimmt die BUNDjugend die Vermittlung an Schulen.

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

Der BUND ist ein Mitmach-Verband. Von der niederländischen Grenze bis nach Minden-Lübbecke sind wir fast flächendeckend vor Ort präsent. In Orts-, Kreis- und Regionalgruppen, in Projekten und in Arbeitskreisen engagieren sich hunderte von BUNDlerinnen und BUNDlern gemeinsam und ehrenamtlich für den Umwelt- und Naturschutz. Mit ihrer Orts- und Fachkenntnis, mit Beharrlichkeit und pfiffigen Ideen, mit handwerklichem Geschick und viel Überzeugungskraft leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Auch die Mitgliederentwicklung nahm im Jahr 2010 einen erfreulichen Verlauf: Am Jahresende unterstützten 20.825 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen. Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes ist in der Öffentlichkeit anhaltend hoch. Ob Klimaschutz, Atomausstieg oder gentechnikfreie Landwirtschaft: In vielen Fragen steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Weitere Aktive sind ausdrücklich willkommen. Machen Sie mit?



Freuten sich über das Jubiläum der BUND-Ortsgruppe Lörmecketal (v.l.): Vita Nolte, Christa Büker, Heinz Rinkowski, Gyso von Bonin und der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges. Foto: Der Patriot - Lippstädter Zeitung

10 Jahre Ortsgruppe Lörmecketal

Ihr 10-jähriges Bestehen feierte am 10. Juli 2010 die BUND OG Lörmecketal am Schloss Körtlinghausen in Kallenhardt (Kreis Soest). Der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges überbrachte die Glückwünsche für „eine der aktivsten Ortsgruppen im Lande“ und sicherte zugleich die weitere Unterstützung bei der Bewältigung der anstehenden Umweltprobleme zu. Die vor 10 Jahren von Vita Nolte gegründete BUND-Ortsgruppe kämpft insbesondere gegen den exzessiven Kalksteinabbau in der Region.

Das Spektrum der Ortsgruppen-Aktivitäten ist aber noch vielseitiger. Dazu gehören Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten sowie die Renaturierung einer Kulturlandschaft. Mit einer Vielzahl von Aktionen, z.B. einer Fledermausnacht, Geocaching für Kinder, einem astronomischen Abend, „junge Höhlenforscher“ sowie interessanten Exkursionen bringt die BUND-Ortsgruppe

Lörmecketal gerade jungen Menschen, Kindern und Familien die Naturschönheiten nach dem Motto „Nur was man kennt, kann man auch schützen“ näher. Besonders im Fokus steht in Rüthen-Kallenhardt und Umgebung die Steinindustrie, welche mit fortschreitendem Abbau die Kulturlandschaft und die Trinkwasserreservegebiete zerstört. Ein besonderes Highlight in 2010 war deshalb die gemeinsam mit der Initiative Trinkwasser organisierte Wasser-Demo. Mehr als 1.500 Menschen beteiligten sich daran. Ziel ist es, den Vorrang des Trinkwasserschutzes vor der Kalkgewinnung planerisch festzuschreiben.

Mehr Infos: www.loermecketal.de

Bundesverdienstkreuz für Thomas Quittek

Für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz erhielt der Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Dortmund Thomas Quittek (im Foto links) aus den Händen des Bürgermeisters Manfred Sauer das Bundesverdienstkreuz am Bande, das von Bundespräsident Horst Köhler für besondere Verdienste im Ehrenamt verliehen wird. Gewürdigt wurde damit der konsequente Einsatz für die Sicherung wertvoller Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz sowie der Erhalt des Stadtgrüns zur Erholung der Bevölkerung. Aber auch die Verkehrs- und Energiepolitik sowie die Luftreinhalteplanung liegen Thomas Quitteks am Herzen.

Thomas Quittek gehörte zu den Gründern der BUND-Kreisgruppe Dortmund im Jahr 1981, die von damals 20 Mitgliedern auf heute über 700 gewachsen ist. Seit vielen Jahren ist er Kreisgruppen-Vorsitzender und seit 1995 steht er auch an der Spitze des Beirats bei der Unteren Landschaftsbehörde.

Auch die Dortmunder Kreisgruppe erhielt in 2010 eine besondere Auszeichnung. Das Apfelsaft- und Streuobstwiesenprojekt der Kreisgruppe wurde als vorbildliches Projekt zur Nachhaltigkeit mit dem Agenda-Siegel und einem Geldpreis ausgezeichnet. Der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau überreichte die Auszeichnung. „Wir wollen damit das Engagement aus der Mitte der Gesellschaft würdigen und den Begriff der Nachhaltigkeit an Dortmunder Beispielen verdeutlichen“, so Sierau in seiner Würdigung.

Mehr Infos: www.bund-dortmund.de

BUND aktiv in Paderborn

Die Arbeit des BUND im Kreis Paderborn nahm in 2010 neuen Schwung auf: Nach mehreren Jahren ‚Abstinenz‘ wählte eine gut besuchte Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand und tauschte sich über die künftigen Aktivitäten aus. Bereits einige Wochen zuvor wurden die BUND-KandidatInnen für die Besetzung des sich neu konstituierenden Landschaftsbeirates benannt. „Es ist gut zu wissen, nun auch in Ostwestfalen weitere aktive Menschen vor Ort zu haben und ich freue mich auf die Zusammenarbeit“ gratulierte Paul Kröfges, NRW-Landesvorsitzender des BUND, dem frisch gewählten Vorstand. Ob aus Delbrück, Büren, Altenbeken, Bad Lippspringe, Hövelhof, Wünnenberg oder anderswo im Kreisgebiet: Alle am Umwelt- und Naturschutz Interessierten sind herzlich eingeladen, beim BUND mitzumachen! Eine gute Gelegenheit zum Kennenlernen sind die monatlichen Treffen im Paderborner Umweltladen.

Rheinlandtaler für Charly Burmeister

Ob im Widerstand gegen den Schnellen Brüter in Kalkar oder im Kampf um den Erhalt des Tweestroms – seit fast vier Jahrzehnten kämpft Karl-Heinz „Charly“ Burmeister (68) von der BUND-Ortsgruppe Kleve für den Schutz der Umwelt am Niederrhein. Jetzt wurde er für seinen unermüdlichen Einsatz geehrt: Aus der Hand des Landtagsabgeordneten Winfried Schittges (CDU) empfing er den Rheinlandtaler des Landschaftsverbandes Rheinland.

Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND, lobte den Geehrten als Urgestein des Verbandes – geradeaus, stur, beharrlich im Einsatz zum Schutze der Natur. Konsequenter wie er ist, kündigte Burmeister an, nach dem Kampf gegen die ausufernde Kiesindustrie auch gegen das „Zupflastern niederrheinischer Landschaft durch niederländische Unter-Glas-Betriebe“ aktiv werden zu wollen. Der BUND-Landesverband wünscht ihm dabei weiter viel Erfolg.



Gemeinsam mit seiner Frau Monika gründete Charly Burmeister (links) vor 35 Jahren die BUND-Ortsgruppe Kleve. Zur Verleihung des Rheinlandtales gratulierte auch der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges.

Foto: BUND-Archiv

Entdecker-Preis für Jüchener BUNDspechte

Vielfalt-Entdecker waren gesucht – die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat rund 1.400 gefunden: Zum zweiten Mal waren Kinder und Jugendliche aufgerufen, sich am bundesweiten DBU-Schüler- und Jugendwettbewerb „Entdecke die Vielfalt!“ zu beteiligen. Eine hochkarätige Jury hat die 86 Beiträge zum Thema biologische Vielfalt jetzt in den beiden Altersgruppen der 10- bis 12-Jährigen und der 13- bis 16-Jährigen bewertet. Die 18 Gewinner kommen aus zehn Bundesländern, die Erstplatzierten aus Baden-Württemberg, Hessen, Nie-

dersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Einen ersten Platz belegen die „BUNDSpechte“ aus Jüchen. Mit dem Projekt „Geliebte Wildnis“, das sie in Zusammenarbeit mit der BUND-Ortsgruppe initiierten, räumen sie bei den 13- bis 16-Jährigen in der Kategorie „Kreativ kommunizieren“ ab: Mit Informationsschildern wurden Gärten und freie Flächen in der Gemeinde als „Wildnisflächen“ gekennzeichnet. Ziel war es, die Menschen zu motivieren, Teile der Natur bewusst „ungepflegt“ zu lassen. Ein Plädoyer für mehr Artenvielfalt vor der Haustür, das die Jury vor allem auch durch die anschließende Ausstellung über das Projekt begeisterte.

Mehr Infos: www.bund-kreis-neuss.de/ortsgruppen/juechenkorschenbroich/bund_spechte



Die BUNDSpechte im Einsatz auf ihrer selbst gesäten Schmetterlingswiese. Foto: L. Fehrenbacher

BUND-Publikationen und BUND-Medien

„Tue Gutes, und rede darüber“ ist ein Motto der BUND-Öffentlichkeitsarbeit. Zwar kommt der selbstlose BUND-Einsatz zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen selbstverständlich der Umwelt, der Natur und uns Menschen zugute. Dennoch wollen wir viele weitere (Noch-)Nicht-Mitglieder für unsere Arbeit begeistern, zum Mitmachen bewegen und den BUND noch bekannter machen. Dieses ist das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Nach dem umfassenden Relaunch in 2008 ist die BUND-Homepage www.bund-nrw.de noch attraktiver geworden. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Besuchszahlen weiter an. 210.000 BesucherInnen informierten sich online über die BUND-Umweltthemen. Absoluter Quotenbringer war damit der mit viel Aufwand eingepflegte KandidatInnen-Check zur Landtagswahl.

Neben dem Internet [www.bund-nrw.de] bietet der BUND speziell für Mitglieder eine breite Palette an sonstigen aktuellen Informationsmöglichkeiten an: Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz, zu aktuellen Erfolgen und Kampagnen. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/newsletter_nrw_ticker].

Das Presseabo liefert Ihnen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/presse/presseabo]. In 2010 gab der BUND in NRW so zum Beispiel mehr als 90 Presseinformationen heraus.

Verschiedene Fachinformationsdienste, z.B. zur Energie- und Klimapolitik, vervollständigen das umfangreiche Angebot. Darüber hinaus finden BUND-Mitglieder ganz exklusiv im Intranet [www.bund-intern.net] hilfreiche Handbücher, Druckvorlagen, Aktions- und Informationsmaterialien und brandaktuelle Neuigkeiten. Einfach registrieren - und los geht's! Das Aktivenforum des BUND NRW im Intranet bietet dazu weitere Serviceleistungen wie einen PRESSEspiegel, einen Aktionskalender, aktuelle Adressen sowie Protokolle von Vorstandssitzungen.

Aber auch der klassische Informationsweg kommt nicht zu kurz. Über das NRWinfo, unsere Mitgliederzeitschrift, erreichen wir regelmäßig alle unsere Landesverbandsmitglieder. Die Gesamtauflage der vier Ausgaben betrug in 2009 63.700 Exemplare, und ist damit - korrespondierend mit den Mitgliederzahlen - leicht steigend. Weiterhin informiert der BUND regelmäßig über seine Publikationsreihen BUNDaktuell, BUNDhintergrund und BUNDposition. Auch Mailings haben eine wichtige Info-Funktion: Der Kohlekraftwerks-Flyer erreichte so z.B. auf dem direkten Postweg fast 40.000 Adressaten.



Der BUND in den Medien



Von seinem Selbstverständnis her ist der BUND der kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen. Wir mischen uns ein, klären auf, zeigen die Alternativen, sind aktiv. Die große Fachkompetenz gepaart mit professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen den BUND zu einem begehrten Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Presse-Highlight des Jahres 2010 war zweifelsohne der Kampf um die Kohlekraftwerke. Bundesweit berichteten die Medien über unseren Widerstand gegen Datteln 4 und die Erfolge in Lünen und vor dem europäischen Gerichtshof. Auch die Kampagne für ein Landesklimaschutzgesetz erreichte hohe Abdruckzahlen.

Dauerbrenner ist aber auch nach wie vor der „Schmetterling des Jahres“. Er erreicht Millionen Leserinnen und Leser im deutschsprachigen Raum. Der „Schmetterling des Jahres“ zeigt, dass insbesondere „weiche“ Themen gerne von den Medien aufgegriffen werden. Eher sperrige Inhalte wie die Abfall- oder Gewässerschutzpolitik sind dagegen wesentlich schwerer zu transportieren.

„Presse geht immer vor“ – nach diesem Motto steht der BUND täglich Rede und Antwort. Ob Luftreinhalteplanung, Chemie- und Verkehrspolitik, Gentechnik oder Artenschutz – auch dank der Medien fand der BUND breites Gehör in der Öffentlichkeit.

Alle Pressemitteilungen im automatischen e-Mail-Abo: www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm

Fotos: D. Jansen, BUND-Archiv

Finanzen des BUND NRW e.V.

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der knapp 21.000 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.



Foto: D. Jansen

Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2010 seine solide finanzielle Basis weiter stärken.

Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund EUR 555.700 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2010 aufgrund von zahlreichen zweckgebundenen Spenden deutlich höher als geplant. Dagegen waren die Bußgelder weiter

rückläufig. Der Landesverband hat aber wieder Einnahmen aus Erbschaften erhalten.

Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für sein Projekt „Wassernetz Plus“, für eine Reihe von dezentralen Projekte und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind über-

wiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an einer Windkraftanlage in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als EUR 600.000 flossen 2010 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere fast EUR 196.000, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das mehr als zwei Drittel der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

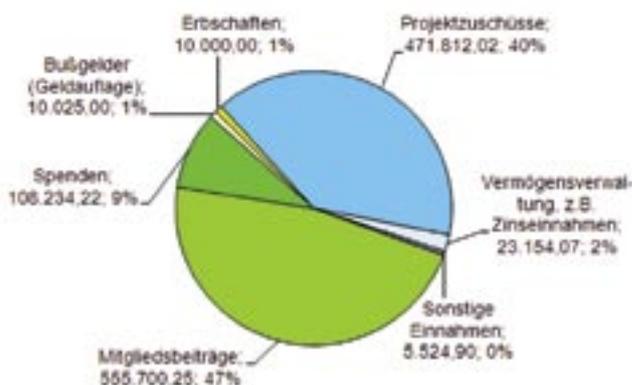
Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 101.000 zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRW-INFO mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband knapp EUR 62.000 aus.

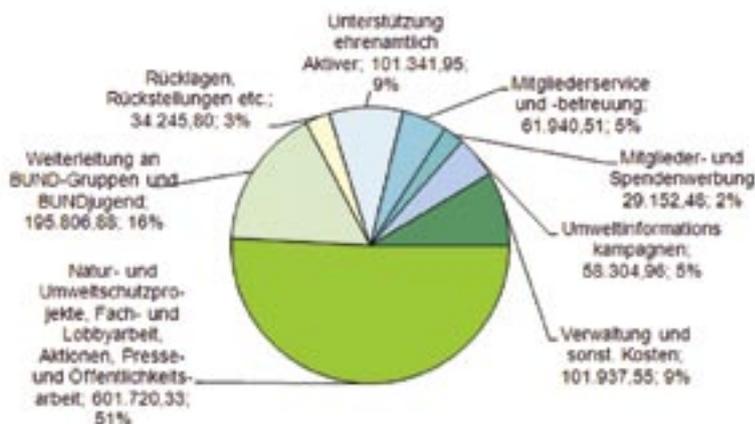
Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 58.000, für Spenden und Mitgliederwerbung rund EUR 29.000 ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um etwas mehr als EUR 34.000 erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 8,6 % weiterhin erfreulich niedrig.

EINNAHMEN 2010 (in Euro)



AUSGABEN 2010 (in Euro)



Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Im März 2002 rief der BUND NRW anlässlich seines 25-jährigen Bestehens mit Unterstützung der Firma Weiling GmbH aus Coesfeld die BUND NRW Naturschutzstiftung ins Leben. Mit dieser Stiftung wollen der BUND und Weiling nachhaltig wirksamen Umwelt- und Naturschutz noch tiefer verwurzeln und langfristiges Engagements zugunsten von Umwelt und Natur ermöglichen.



Das Kapital der Stiftung bleibt dauerhaft erhalten und wird nicht verbraucht. Nur die Erträge sowie Spenden dienen der BUND NRW Naturschutzstiftung für ihre Naturschutzprojekte. Je größer das Stiftungskapital durch Zustiftungen wird, desto besser kann die BUND NRW Naturschutzstiftung zukünftig ihre Aufgaben erfüllen.

Die Stiftung möchte helfen, unser einmaliges Naturerbe in Nordrhein-Westfalen zu bewahren

- durch schnelles, unbürokratisches Handeln
- unabhängig von Politik und Wirtschaft
- für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“. Daneben unterstützt die BUND NRW Naturschutzstiftung die Wiederansiedlung des Weißstorchs in der Siegaue und sichert wichtige „Fledermausbunker“ in der Eifel.

Aufgabe der Stiftung ist auch die dauerhafte Sicherung von wertvollen Naturschutzflächen. In 2008

hat die Stiftung die Kattenstein-Höhle in Kallenhardt im Kreis Soest übernommen, die unter anderem wegen ihrer Fledermausvorkommen europarechtlich geschützt ist. Die Betreuung der Höhle übernehmen ehrenamtlich die BUND-Ortsgruppe Lörmecketal und die Arbeitsgemeinschaft Höhle und Karst Lippe.

In 2010 hat die BUND NRW Naturschutzstiftung die ersten Flächen der beiden unter Naturschutz stehenden Abgrabungen für Quarzsand bzw. Kies in Bornheim erworben. Die Finanzierung erfolgt über die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege und verschiedene Spenden. Insgesamt sollen ca. 30 Hektar dauerhaft im Sinne des Natur- und Artenschutzes entwickelt und erhalten werden. Die Flächen sollen teilweise von der BUND NRW Naturschutzstiftung und teilweise vom Vogelschutz-Komitee e.V. erworben werden.

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat weiter eine größere Fläche in Titz im Kreis Düren erworben. Es handelt sich hier um Flächen der Bahnentwicklungsgesellschaft (BEG), die sich aufgrund ihrer linearen Anordnung eine wichtige Funktion für die Biotopvernetzung haben. Auch hier wird noch ein entsprechender Antrag an die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege gestellt.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



Die Landesdelegiertenversammlung ist das höchste Verbandsgremium.

Fotos: D. Jansen

Wir über uns:

Das BUND-Team 2010

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt.

Der BUND engagiert sich – zum Beispiel – für eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, für den Klimaschutz und den Ausbau regenerativer Energien, für den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers.

Mit insgesamt etwa 480.000 Mitgliedern und Förderern ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland einer der großen Umweltverbände in Deutschland.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen. Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.

Der BUND-Landesvorstand 2010:

Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Holger Sticht, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*

Doris Baum, *Beisitzerin*

Notburga Henke, *Beisitzerin*

Horst Meister, *Beisitzer*

Friedrich Ostendorff, *Beisitzer*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

N.N., *BUNDjugend-VertreterIn*



Der BUND-Landesvorstand 2010

Fotos: D. Jansen,

Die Landesgeschäftsstelle:

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/Agrarreferent*

Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistentz*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr / Spendenbescheinigungen*

BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Technischer Umweltschutz
- Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung
- Wald und Stadtbäume
- Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: www.bund-nrw.de



Foto: BUND

Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft (Köln)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:
Paul Kröfges, Landesvorsitzender

Redaktion, Text & Layout:
Dirk Jansen

Beiträge:
Dr. Christoph Aschemeier,
Achim Baumgartner,
Dr. Jochen Behrmann,
Rolf Behrens, Ralf Bilke,
Paul Kröfges, Bettina Labesius,
Horst Meister, Andrea Schaupp,
Holger Sticht

BUND-Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln
BLZ: 370 205 00
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:
www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2011

Mehr Infos: www.bund-nrw.de

